

03/2015 **No 80**

WIR BRINGEN DIE WIRTSCHAFT INS KLASSENZIMMER

AKTUELLE UNTERLAGE

(Um)Verteilung von Einkommen und Vermögen

Ideelle und materielle Unterstützung erhalten wir von unseren Projektpartnern:



INHALTSVERZEICHNIS

Mag. Dr. Ralf Kronberger

1	EINLEITUNG	3
2	WIE SOLL UND WIE KANN IN DIE EINKOMMENS- UND VERMÖGENSVERTEILUNG EINGEGRIFFEN WERDEN?	5
2.1	Maßstäbe für die Verteilungspolitik	5
2.2	Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung	7
3	EINKOMMENSVERTEILUNG	8
3.1	Funktionelle Einkommensverteilung	9
3.2	Personelle Einkommensverteilung	12
3.3	Einkommensverteilung nach sozioökonomischen Merkmalen	18
4	VERMÖGENSVERTEILUNG	20
4.1	Wie entsteht Vermögen?	20
4.2	Wie wird Vermögen bestimmt?	21
4.3	Wie ist das Vermögen verteilt?	23
4.3.1	Die Vermögensverteilung in Österreich ohne Berücksichtigung des Sozialkapitals	23
4.3.2	Die Vermögensverteilung in Österreich mit Berücksichtigung des Sozialkapitals	27
5	UMVERTEILUNG	29
5.1	Wie stark wird umverteilt?	29
5.2	Grenzen der Umverteilung	36
6	Glossar	40
7	Literaturverzeichnis	45
8	Weiterführende Links	46

Mag. Dr. Johanna Rechberger

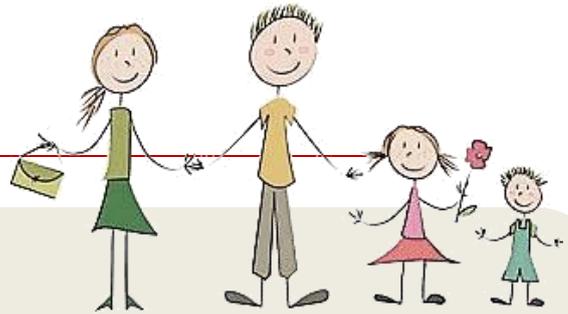
DIDAKTIK	48
LÖSUNGSVORSCHLÄGE	60
KOPIERVORLAGEN	65

Anmerkung :

Mit * gekennzeichnete Fachbegriffe werden im Glossar erklärt.

Zum Autor: Mag. Dr. Ralf Kronberger ist Leiter der Abteilung für Finanz- und Handelspolitik in der Wirtschaftskammer Österreich, Lektor an der WU, der FH Wiener Neustadt und der FH des bfi.

1 EINLEITUNG



BEISPIEL

WIE HOCH SOLLEN DIE ZUSCHÜSSE ZU NIEDRIGEN FAMILIENEINKOMMEN SEIN?

In der öffentlichen Diskussion fand ein Beispiel dreier steirischer Familien, jeweils bestehend aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern, mit stark voneinander abweichenden Arbeitseinkommen große Aufmerksamkeit.

Die Familie Gruber verdient vor Abzug der Steuern und ohne Zuschüsse 950 Euro, die Familie Maier 1.900 Euro und die Familie Schmied 3.800 Euro. Nachdem die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge von den Bruttoeinkommen abgezogen und die Zuschüsse (Transfers) hinzugezählt worden waren, näherten sich die so zustande gekommenen Familieneinkommen stark an. Das verfügbare Einkommen der Familie Gruber beträgt 2.817 Euro, der Familie Meier 3.217 Euro und jenes der Familie Schmied 3.256 Euro. Die Familie Gruber bezieht 2.010 Euro an Zuschüssen und die Familie Schmied 587 Euro.

FAMILIENEINKOMMEN in Euro	FAM. GRUBER	FAM. MEIER	FAM. SCHMIED
Monatsbruttoeinkommen	950,00	1.900,00	3.800,00
Monatsnettoeinkommen	807,00	1.614,00	2.669,00
Summe aus Gemeinde-, Landes- und Bundestransfers	2.010,00	1.603	587,00
Verfügbares Einkommen	2.817,00	3.217	3.256,00

Quelle: Pretenthaler, Sterner (2008)¹

Die unterschiedliche Höhe der Transfers ergibt sich u.a. daraus, dass die für den Bezug des Transfers ausschlaggebenden Einkommen unterschiedlich ermittelt werden. Transferauszahlende Institutionen gibt es auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene.

Zuschüsse, die sich an der Einkommenshöhe orientieren, sind: Zuschüsse zu den Turnussen der Kindererholung in den Ferien, Allgemeine Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe, Pendlerbeihilfe des Landes Steiermark, Zuschuss zur Kinderkrippe, Zuschuss zum Ganztageskindergarten, Kinderzuschuss, Kinderbetreuungsgeld des Bundes, Kinderabsetzbetrag, Familienbeihilfe des Bundes, Mietzinszahlung und Wohnbeihilfe.

Das Beispiel zeigt: Ein Transfersystem kann Anreizprobleme für die Beschäftigung mit sich bringen. Niedrige Bruttoeinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und Hinzuzählung von Zuschüssen führen zu deutlich höheren verfügbaren Familieneinkommen.

Lohnt es überhaupt, dass ein zweiter Erwachsener in der Familie die Arbeit aufnimmt, wenn sich das Familieneinkommen kaum erhöht, wenn mit zunehmendem Arbeitseinkommen die Transfers ganz oder teilweise wegbleiben?

¹Die steiermärkische Landesregierung stellte die Ergebnisse von Pretenthaler, Sterner (2008) in Frage und führte eine Neuberechnung für die oben dargestellten Fälle unter Wegnahme vereinzelter Transfers durch, welche von ihr als „konstruiert“ bewertet wurden. Die verfügbaren Einkommen der drei Familien reduzierten sich nach Berechnungen des Landes Steiermark respektive auf 2.003 Euro, 2.452 Euro, 3.014 Euro (Metzenrath, 2010). Auch bei der Neuberechnung ergeben sich deutliche Einkommensunterschiede auf Grund der jeweiligen Transferhöhe mit möglichen daraus resultierenden negativen Anreizeffekten.

Die Einkommensverteilung in einer Marktwirtschaft ist das Ergebnis des Marktprozesses: Die Überlegung dahinter ist, dass entsprechend den Anstrengungen und des Erfolges das Einkommen ausfallen wird. Wesentlich beeinflusst wird die Einkommensverteilung durch die **Verteilung des Vermögens**. Die Kapitalausstattung des Marktteilnehmers am Beginn seiner Tätigkeit macht den Unterschied. Es ist leichter hohes Einkommen zu erzielen, wenn das Startkapital hoch ist. Einkommen und Vermögen stehen in Zusammenhang. Wird laufendes Einkommen nicht aufgebraucht, sondern angespart bzw. werden damit Vermögenswerte erworben, bildet sich Vermögen. Die so resultierende **primäre** — also erste — **Einkommensverteilung***, und die dadurch beeinflusste **Vermögensverteilung***, entsprechen häufig nicht den gesellschaftlichen Wertvorstellungen bzw. den Wünschen der politischen Entscheidungsträger. Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist in marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystemen sehr wahrscheinlich ungleichmäßiger, als es den Präferenzen* der Bevölkerungsmehrheit entspricht.

In fast allen marktwirtschaftlichen Systemen wird in die Einkommensverteilung daher mehr oder weniger stark durch den Staat eingegriffen. Die nach dem Staatseingriff entstehende Einkommensverteilung wird auch **sekundäre** (zweite) **Einkommensverteilung** genannt. In Österreich geschieht dies beispielsweise durch die Zahlung von Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Wohnbauförderung, Progression der Lohn- und Einkommensteuer, Befreiung der sozial Schwachen von Selbstbehalten bei medizinischen Leistungen etc.

STUFEN DER EINKOMMENSVERTEILUNG



Abbildung 1, Quelle: Eigene Darstellung

2 WIE SOLL UND WIE KANN IN DIE EINKOMMENS- UND VERMÖGENSVERTEILUNG EINGEGRIFFEN WERDEN?

2.1. Maßstäbe für die Verteilungspolitik

Die ökonomische Theorie gibt nur ungenügende Hinweise darüber, wie in die Einkommens- oder Vermögensverteilung eingegriffen werden soll.¹ Mögliche Maßstäbe für die Verteilungspolitik sind die Bedarfsgerechtigkeit, die Leistungsgerechtigkeit, die Partizipationsgerechtigkeit/Chancengleichheit und die Pareto-optimale Verteilung* (abgesehen von ökonomische Kriterien):



Bedarfsgerechtigkeit*: Gerechtigkeit kann als **Gleichbehandlung nach Bedürfnissen** interpretiert werden. Die Leistungsfähigkeit wird bei diesem Ansatz außer Acht gelassen. Die Inanspruchnahme von Gütern zur Befriedigung von Bedürfnissen tritt in den Vordergrund. Im Extremfall wird daraus die Forderung nach gleichen Einkommen und Vermögen für alle abgeleitet. Damit verbunden ist die Problematik der Leistungsanreize. Bei möglicher Inanspruchnahme der Güter ohne eigene Leistung ist zu erwarten, dass die Leistungsanreize verloren gehen. In der Realität hat dieser Maßstab als partielles Verteilungsziel Bedeutung, in Österreich etwa durch die im Nationalrat 2010 beschlossene **Bedarfsorientierte Mindestsicherung**². Diese ist an die Ausgleichszulage³ gekoppelt. Zur Sicherstellung von Grundbedürfnissen wird damit eine Untergrenze für ein Einkommen festgesetzt. Über diese Untergrenze hinaus ist schwerlich eine wünschenswerte Gesamtverteilung zu argumentieren.

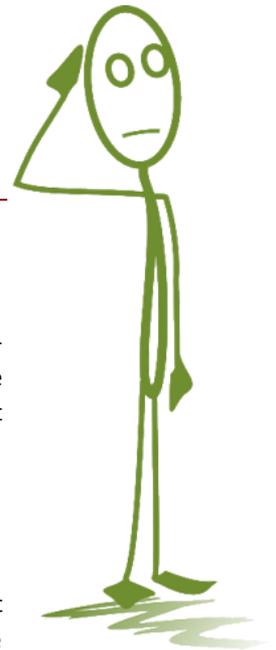


Leistungsgerechtigkeit*: Die Verteilung soll sich am produktiven Beitrag an der inländischen Wertschöpfung orientieren. Geht man davon aus, dass sich das Einkommen (entsprechend dem Marktmechanismus) an der erbrachten Leistung orientiert und die Verteilung von Einkommen somit dem Marktergebnis entspricht, ist keine Verteilungspolitik notwendig. Problematisch dabei ist, dass Marktunvollkommenheiten bestehen und das Marktergebnis verzerrt sein kann. Aber selbst bei einem vollkommenem Markt und einem entsprechenden Marktergebnis werden die nach Menschen unterschiedlichen individuellen Leistungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt.

¹ Auch in den Disziplinen Philosophie und Politikwissenschaften gibt es zwar viele Versuche, objektive Kriterien für eine gerechte Verteilung aus der Theorie abzuleiten, eine einzige dazu allgemein akzeptierte Theorie gibt es aber nicht.

²Die Mindestsicherung soll die Inanspruchnahme bestimmter Basisgüter abzusichern: „Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist durch pauschalierte Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes, jeweils außerhalb von stationären Einrichtungen, sowie durch die bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung erforderlichen Leistungen zu gewährleisten.“ (BGBl. I Nr. 96/2010)

³Transfer, um den niedrige Pensionen zu Erreichung eines Mindestwertes ergänzt werden; 2014 für Alleinstehende 813,99 Euro



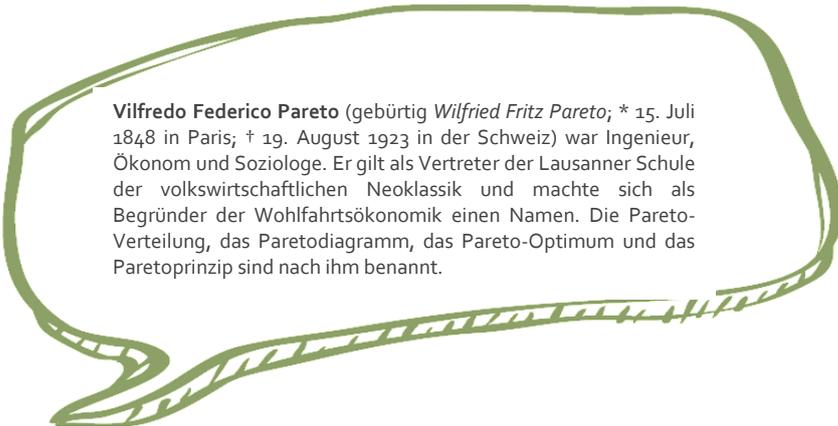


Partizipationsgerechtigkeit*: Sie kann sich auf den Prozess beziehen, aus welchem eine bestimmte Verteilung entsteht: Hat jeder die gleiche Chance, sein Potential einzusetzen, wird das Resultat als gerecht angesehen, unabhängig davon, wie am Ende die Verteilung aussieht. Bei Bezug auf Stellenbesetzungen müssten diese ohne politische oder individuelle Beziehungen erfolgen, was in der Realität weder im staatlichen noch im marktwirtschaftlichen Bereich (zumindest nicht immer) erfüllt wird. Die Interpretation über soziale Mobilität überspitzt ausgedrückt — jeder hat dem Grunde nach die Möglichkeit vom Tellerwäscher zum Millionär aufzusteigen — kann über die unkontrollierte Marktwirtschaft nicht erreicht werden. Die Menschen verfügen eben nicht über gleiche Ausstattung von Kapital, persönlicher Begabung etc., unabhängig davon, ob sie diese dann auch einsetzen



Pareto-optimale Verteilung*: Eine pareto-optimale Verteilung wird dann erreicht, wenn durch die Umverteilung jemand anderer besser gestellt werden könnte, ohne dass jemand schlechter gestellt wird.

Im Ansatz der pareto-optimale Verteilung können die Reichen der (Um)Verteilung Positives abgewinnen. Die Reichen leisten Transfers und ziehen daraus einen Nutzen (z.B. Motiv der Nächstenliebe oder auch aus Angst vor negativen Auswirkungen wie Krankheit, Verbrechen etc.). Eine pareto-optimale Verteilung kann erreicht werden, wenn die transfergebenden Reichen Positives aus den Transfers lukrieren können (z. B. sozialer Friede).



Vilfredo Federico Pareto (gebürtig *Wilfried Fritz Pareto*; * 15. Juli 1848 in Paris; † 19. August 1923 in der Schweiz) war Ingenieur, Ökonom und Soziologe. Er gilt als Vertreter der Lausanner Schule der volkswirtschaftlichen Neoklassik und machte sich als Begründer der Wohlfahrtsökonomik einen Namen. Die Pareto-Verteilung, das Pareto-Diagramm, das Pareto-Optimum und das Paretoprinzip sind nach ihm benannt.

Bei all den dargestellten Konzepten wird deutlich, dass die konkrete Umsetzung von Gerechtigkeit allgemein wie auch von Konzepten der Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit rasch an die Grenzen der Umsetzbarkeit stoßen. Wenn der Staat verteilungspolitisch eingreift, ist es daher notwendig, dass schon im Vorhinein Entscheidungen über die verwendeten Maßstäbe und deren Gewichtung getroffen werden. Zur Erreichung der gewünschten Verteilung sollte im Vorfeld klar sein, ob die Regierung verteilungspolitische Ziele bzw. die Zielgruppen kennt und, ob sie in der Lage ist, die zur Zielerreichung notwendigen Instrumente auch tatsächlich umzusetzen. In der politischen Praxis werden Verteilungsziele allerdings sehr allgemein gehalten und wenig präzise Formulierungen verwendet wie „gerechte Einkommensverteilung“ oder „eine gerechtere Verteilung als die bisherige.“



2.2. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

In der österreichischen Bundesverfassung gibt es keinen direkten Hinweis dazu, wie eine gerechte Einkommensverteilung aussehen soll. Lediglich der Bundesrechnungshof hat auf Grund einer verfassungsrechtlichen Verpflichtung regelmäßig einen Einkommensbericht zu erstellen, der das Interesse des Gesetzgebers an der Einkommensverteilung erkennbar werden lässt. Konkret hat der Bundesrechnungshof über die durchschnittlichen Einkommen einschließlich der Sozial- und Sachleistungen der gesamten Bevölkerung — nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen getrennt — jedes zweite Jahr dem Nationalrat, dem Bundesrat und den Landtagen zu berichten. Wertungen oder Zielvorstellungen sind — betreffend die Einkommensverteilung — in Einkommensbericht nicht enthalten.

In den europäischen Verträgen — z. B. im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) — gibt es wie in der österreichischen Bundesverfassung keinen direkten Bezug auf Art und Weise der gewünschten Einkommensverteilung. Am ehesten können die niedergeschriebenen Grundwerte wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit einer „gerechten“ Einkommensverteilung in (losen) Zusammenhang gebracht werden können.⁴

Weder die österreichische Verfassung noch die europäische Rechtsakte nehmen konkret Bezug auf die (gewünschte) Vermögensverteilung.



⁴In Artikel 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) wird sehr allgemein formuliert:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

3 EINKOMMENSVERTEILUNG



Die Betrachtung der Einkommensverteilung kann auf unterschiedlichen Ebenen geschehen:



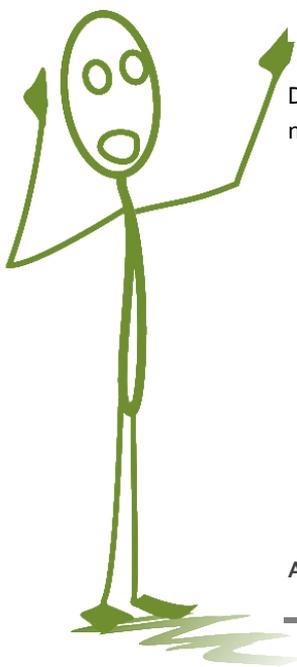
Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird auf die **funktionelle Einkommensverteilung** abgestellt. Welcher Anteil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist den Löhnen zuzuordnen? Welcher Anteil sind Kapitalgewinne?



Die **personelle Verteilung** stellt auf die Verteilung auf einzelne Personen oder Haushalte ab.



Die **sozioökonomische Verteilung** bezieht sich auf die Verteilung auf soziale Gruppen (z.B. Familien mit Kindern und Kinderlose).



3.1. Funktionelle Einkommensverteilung*

Die Produktionsfaktoren (hauptsächlich Arbeit und Kapital) sind die Grundlage für die Bildung des Volkseinkommens.⁵

Konkrete verteilungspolitische Entscheidungen sind aus diesen theoretischen Konzepten allerdings nicht unmittelbar ableitbar (Altmann, 2000). Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Abgrenzung der Arbeits- und Gewinneinkommen mit beträchtlichen methodischen Problemen behaftet ist. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden in der Verteilungsrechnung die Lohnquote* und die Gewinnquote einander gegenüber gestellt.

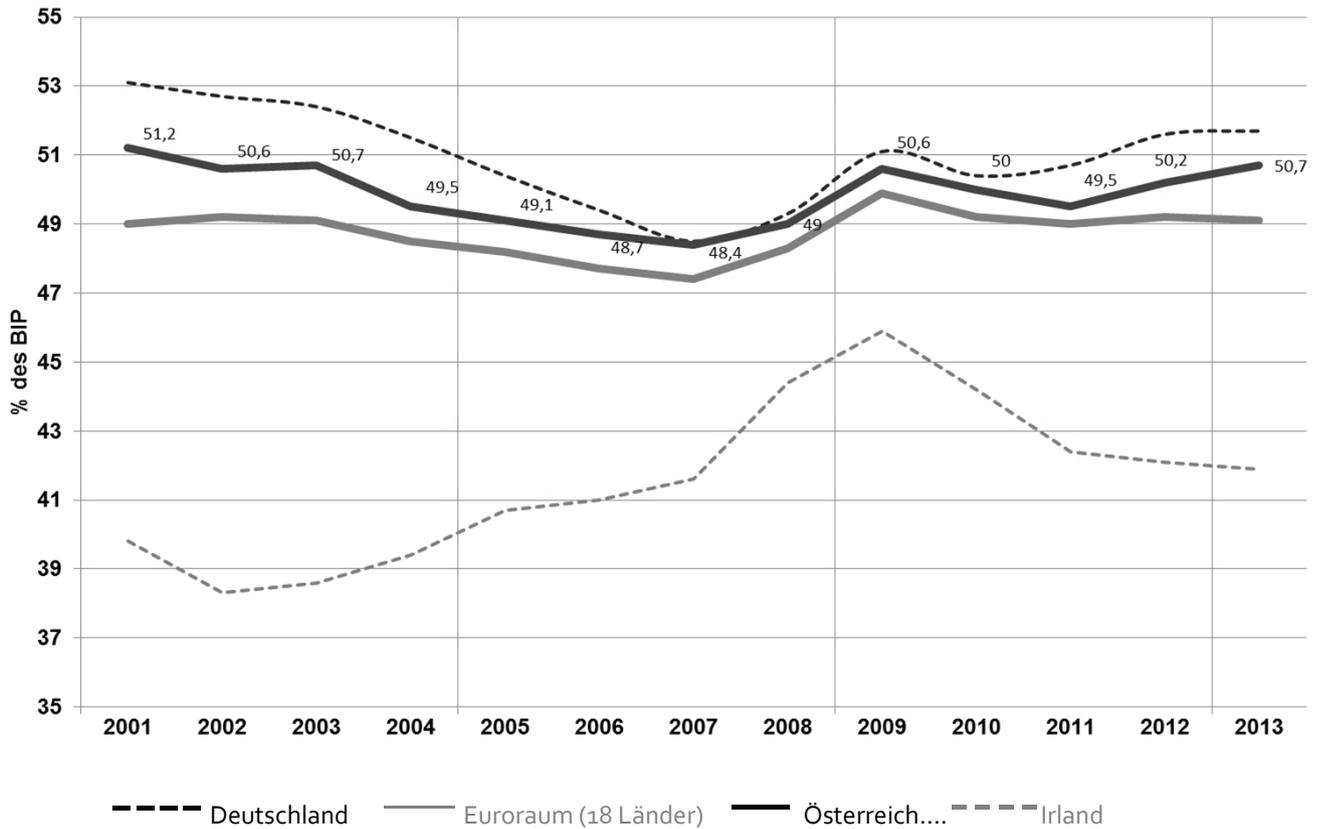


Abbildung 3



⁵Grundlage der funktionellen Einkommenstheorien: Die Inhaber eines Produktionsfaktors haben Anspruch auf einen entsprechenden Anteil der mit dem Produktionsfaktor erstellten Wertschöpfung.

ARBEITNEHMERENTGELTE IN % DES BIP (LOHNQUOTE)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Eurostat-Daten

Für Österreich zeigt den Verlauf der Lohnquote (Abbildung 4) folgendes Bild: Von 2001 bis 2007 eine deutliche Abnahme der Lohnquote, danach wieder ein deutlicher Anstieg bis 2009 und folgend auf die Finanz- und Wirtschaftskrise wieder eine leichte Abnahme. Seit 2011 steigt sie wieder leicht an.

Der Verlauf im Euroraum ist der Tendenz nach ähnlich, bewegt sich aber auf einem rund 2 %-Punkte niedrigerem Niveau. Während sich die Lohnquote 2000-2010 verhältnismäßig stabil zeigte, waren 1970-2000 von einer kontinuierlichen Abnahme der Lohnquote sowohl in Österreich als auch in den OECD-Staaten geprägt (Felderer, Schuh, 2006).

Die oftmals aus der sinkenden Lohnquote abgeleitete Hypothese, dass die abnehmende Lohnquote Ausdruck steigender Ungleichheit der Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer sei, ist zu hinterfragen:





Der weltweite Rückgang der Lohnquote ist logische Folge kräftiger Investitionstätigkeit. In den westlichen Industriestaaten wird stark in Sachkapital (Maschinen) investiert, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. Industrien mit einem hohen Anteil an Forschung und Entwicklung müssen größere Investitionen als andere Industrien tätigen. Dafür müssen auch höhere Gewinne erwirtschaftet werden. Die Gewinnquote muss daher höher sein.



Unselbstständige Arbeitnehmer beziehen häufig nicht nur Lohneskommen, sondern auch Zins- und Mieteinnahmen (z. B. kapitalgedeckte Altersvorsorge), die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Gewinnquote zugerechnet werden, also in der Lohnquote nicht aufscheinen.



Weder in der Lohn- noch in der Gewinnquote wird die Verteilung der Löhne unter den Beschäftigten (gruppeninterne Verteilung) berücksichtigt.



Unternehmerlöhne und Löhne der mithelfenden Familienangehörigen gehen nicht in die Lohnquote mit ein. Wären diese in der Lohnquote berücksichtigt, kämen noch einmal ein paar Prozentpunkte dazu, wie dies Berechnungen zeigen.⁶



Die statistische Erfassung der Kapitaleinkünfte ist mit methodischen Problemen behaftet. Die Kapitaleinkünfte werden als Restgröße berechnet, während Löhne und Gehälter vergleichsweise exakt über die Meldung der Arbeitgeber und der Finanzämter erfasst werden können (Bräuninger, 2007).

⁶Der deutsche Sachverständigenrat berechnet die von ihm entwickelte Arbeitseinkommensquote als weniger verzerrende Größe als die Lohnquote. Im Arbeitseinkommen wird gegenüber der herkömmlichen Lohnquoten (Arbeitnehmerentgelt) das kalkulatorische Arbeitseinkommen der selbstständig Erwerbstätigen (einschließlich mithelfende Familienangehörige) hinzugezählt. (Kalkulatorisches Arbeitseinkommen: Das sind Privatentnahmen des Unternehmers für seine Arbeitsleistung im Unternehmen – vergleichbar mit dem Lohn eines Arbeitnehmers.) Die deutsche Arbeitseinkommensquote ist im Zeitraum 1996 bis 2010 zwischen 9 und 15 % höher als die Bruttolohnquote. Das deutsche Institut der Wirtschaft berechnete für EU-Staaten die Arbeitseinkommensquote darunter auch für Österreich. In den Jahren 1980 bis 1996 lag die österreichische Arbeitseinkommensquote zwischen 8,3 und 12,8 %-Punkten über der Lohnquote.

Quelle: Deutsches Institut der Wirtschaft (2010), www.diw.de/deutsch/97_48_2/30898.html (6. April 2015).



3.2 Personelle Einkommensverteilung*

Bei der personellen Einkommensverteilung wird entweder auf die Person oder auf den Haushalt abgestellt. Neben den üblichen Verteilungsmaßen wie arithmetischer Durchschnitt, Median* und Dezile* kommen bei der Darstellung der persönlichen Einkommensverteilung die Lorenzkurve* und der GINI-Koeffizient* häufig zur Darstellung.⁷

Der Gini-Koeffizient*— dieser beträgt 0, wenn alle Menschen in einer Gesellschaft das gleiche Einkommen erhalten und 1, wenn eine Person das gesamte Einkommen bezieht.

Nachfolgende Abbildung 5 zeigt, dass ein österreichischer Haushalt im Jahr im Durchschnitt (ermittelt durch das arithmetische Mittel) über ein verfügbares Einkommen von 38.635 Euro verfügte. Da das arithmetische Mittel über dem Medianeinkommen (32.843 Euro) lag, weist dies auf eine Schiefverteilung zu Gunsten der höheren Einkommen hin. Man kann weiters unterscheiden zwischen dem gesamten Haushaltseinkommen und dem Einkommen berechnet für eine Person im Haushalt (äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen*). Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich nach Abzug von Steuern und Abgaben und geleisteten privaten Transfers und der Hinzuzählung von öffentlichen und privat erhaltenen Transfers. Das äquivalisierte Nettoeinkommen entspricht dem gewichteten Nettohaushaltseinkommen (im Gegensatz zum verfügbaren Einkommen sind private Transfers nicht berücksichtigt). Damit wird das Haushaltseinkommen auf eine einzelne Person heruntergebrochen.

EINKOMMENSVERTEILUNG PRIVATER HAUSHALTE

Einkommensverteilung privater Haushalte (2012)	Haushalte bzw. Personen (Mio.)	10 %	25 %	50 %	75 %	90 %	Arithmetisches Mittel in Euro
		...haben weniger als ... EUR					
Verfügbares Haushaltseinkommen	3,7 Mio. Haushalte	12.644	20.400	32.843	50.192	70.763	38.635
Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen (gilt für eine Person im Haushalt)	8,3 Mio. Personen	11.630	16.056	21.807	29.388	39.379	24.423

Abbildung 5

⁷ Die Lorenzkurve veranschaulicht das Ausmaß an Ungleichheit in einer Verteilung. Analog zu einem Gini-Koeffizienten von null würde eine 45°-Linie für die Lorenzkurve absolute Einkommensgleichheit bedeuten. Je größer der Bauch unter der 45°-Linie wird, desto ungleicher wird die Einkommensverteilung. Die Fläche zwischen der 45°-Linie und der tatsächlichen Verteilung entspricht dem GINI-Koeffizienten. Ein weiteres häufig verwendetes Verteilungsmaß ist der P₉₀/P₁₀-Quotient. Er zeigt das Verhältnis zwischen dem Einkommen des 90. Perzentils und dem Einkommen des 10. Perzentils. Der GINI-Koeffizient trifft bessere Aussagen zur Verteilungsmittle hin, während der P₉₀/P₁₀-Quotient eine höhere Aussagekraft für die Verteilung an den äußeren Enden innehat.

Das Zehntel (Dezil) aller Haushalte mit dem geringsten verfügbaren Haushaltseinkommen hat jährlich bis zu 12.644 Euro zur Verfügung. Beim untersten Einkommensviertel (Quartil) erhöht sich das verfügbare Einkommen auf 20.400 Euro pro Jahr. Beim Median beträgt das verfügbare Haushaltseinkommen bis 32.843 Euro pro Jahr.

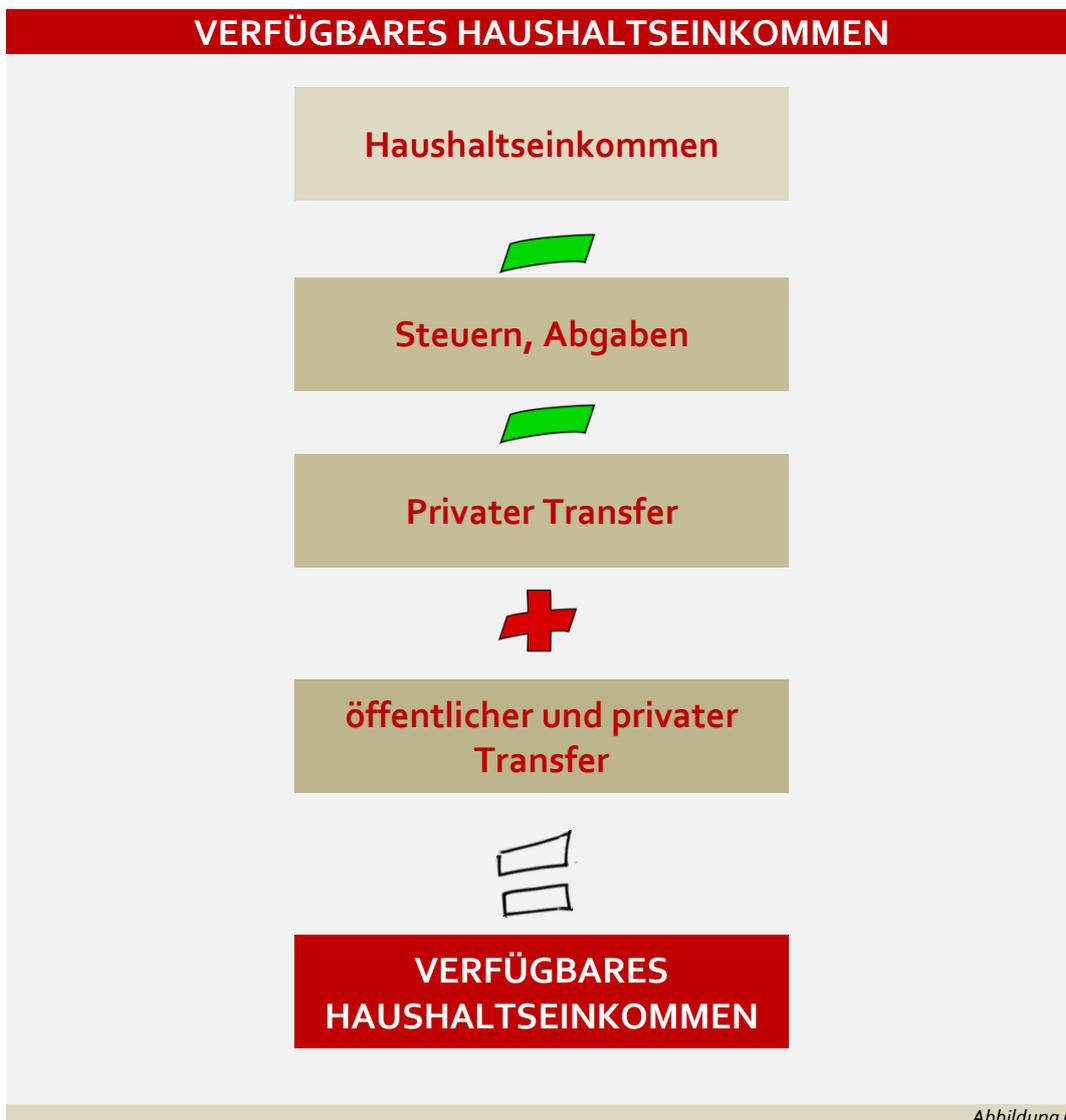


Abbildung 6



Das oberste Einkommensdezil erreicht ein maximal verfügbares Haushaltseinkommen von 70.763 Euro. Die Aussagekraft der ersten Zeile der Tabelle (Abbildung 5) ist aber durch den Bezug auf Haushalte statt auf einzelne Personen und auch durch mangelnde Unterscheidung der Erwerbstätigkeit (Pensionisteneinkommen?, Teilzeit?, Vollzeit?) eingeschränkt. Bei der Darstellung des äquivalisierten Haushaltseinkommens von Personen wird das Haushaltseinkommen auf einzelne Personen heruntergebrochen.

Die Verteilung der Mediane der Nettohaushaltseinkommen pro Kopf in der EU zeigt große Unterschiede. Rumänien weist in der EU mit 2.116 Euro das geringste jährliche Netto-Pro-Kopf-Einkommen auf. Am obersten Ende findet sich Luxemburg mit einem Netto-Pro-Kopf-Einkommen von 32.538 Euro. Das Medianeinkommen in der EU beträgt 14.846 Euro. Das österreichische Medianeinkommen kommt am oberen Ende mit 21.319 Euro zu liegen.

MEDIAN DER ÄQUIVALISIERTEN NETTOÄQUIVALENZEINKOMMEN IN DER EU 2010/2011

Median des Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommens in der EU

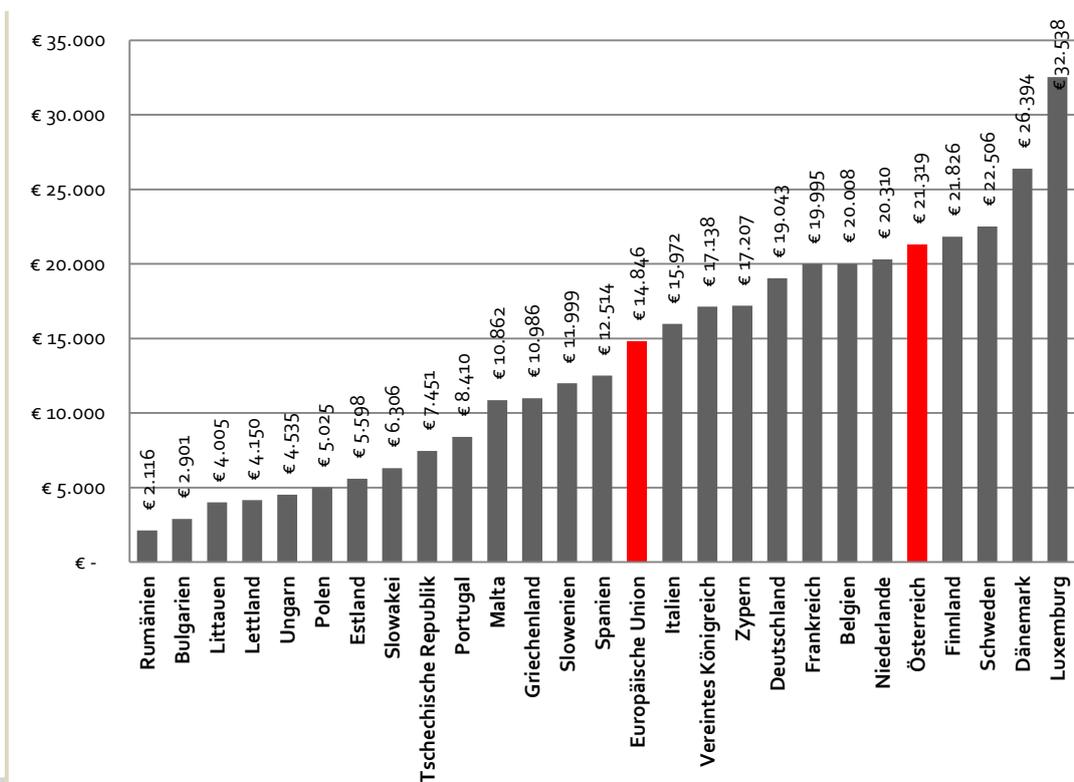


Abbildung 7
Quelle: Deckl (2013)



Krise steigert Ungleichheit und Armutsrisiko in OECD Ländern – Deutschland und Österreich im Vergleich positiv

(Paris/Berlin, 15. Mai 2013) - In den ersten drei Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Ungleichheit der Bruttoeinkommen in der OECD stärker angestiegen als in den zwölf Jahren zuvor. Das zeigen aktualisierte Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Einkommensverteilung. Gleichzeitig dämpften Konjunkturpakete sowie Steuer- und Transfersysteme die negativen Folgen der Krise bis Ende 2010 für viele Haushalte ab. Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die Sparmaßnahmen in vielen Staaten lassen jedoch befürchten, dass sich das Risiko für Armut und soziale Ungleichheit in den kommenden Jahren OECD-weit verschärfen wird.

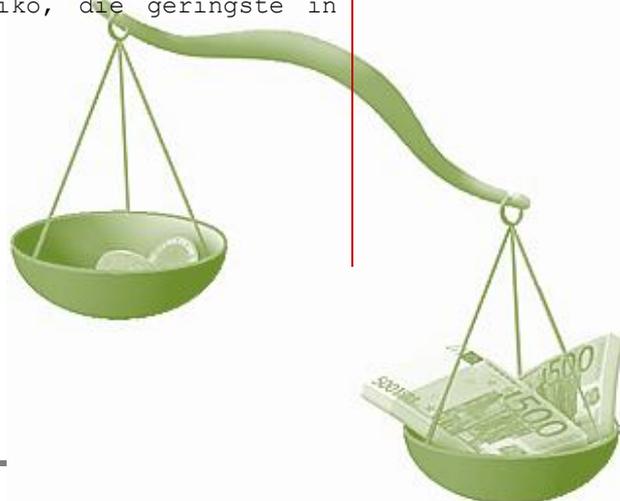
Deutschland und auch Österreich verzeichnen im Vergleich zur Mehrzahl der OECD-Länder eine gegenläufige Tendenz: In beiden Ländern stiegen zwischen 2007 und 2010 sowohl die Markteinkommen (aus Arbeit und Kapital) als auch die verfügbaren Einkommen (nach Steuern und Abgaben) leicht an. Die Einkommensungleichheit für Markt- und verfügbare Einkommen verharrte dabei etwa auf Vorkrisenniveau.

Als Indikator für diese Ungleichheit werden in der Regel zwei Maße herangezogen:

1. Der Gini-Koeffizient (dieser beträgt 0), wenn alle Menschen in einer Gesellschaft das gleiche Einkommen erhalten und 1, wenn eine Person das gesamte Einkommen bezieht) und
2. das Verhältnis zwischen den Durchschnittseinkommen der ärmsten und der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung.

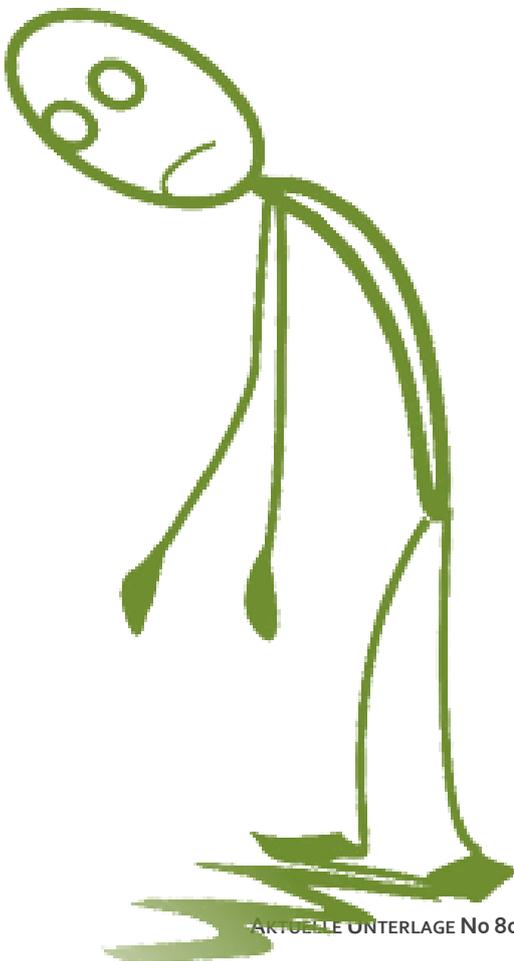
Der Gini-Koeffizient für verfügbare Einkommen lag in Österreich 2010 bei 0,27 und in Deutschland bei 0,29 und damit um Einiges niedriger als im OECD-Schnitt (0,31). Gleichzeitig verdienten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nach Steuern und Transfers in Österreich sechs Mal so viel wie die ärmsten. In Deutschland lag das Verhältnis bei 7:1 und im OECD-Mittel bei 9,5:1. Die größte Ungleichheit innerhalb der OECD herrscht in Chile und Mexiko, die geringste in Island, Slowenien, Norwegen und Dänemark.

[...]



Der Anteil der Menschen, die weniger als die Hälfte des nationalen Medianeinkommens beziehen und damit als einkommensarm gelten, veränderte sich im OECD-Schnitt zwischen 2007 und Ende 2010 kaum. Was sich veränderte, waren die Gruppen, die besonders armutsgefährdet sind: Für Kinder und junge Leute erhöhte sich das Armutsrisiko im OECD-Schnitt um ein bis zwei Prozentpunkte, für ältere Menschen sank es um drei Prozentpunkte. Hierbei setzte sich ein längerfristiger Trend fort. In Deutschland lebten 2010 knapp neun Prozent der Menschen in relativer Armut, in Österreich acht und in der Schweiz 9,5 Prozent. Der OECD-Durchschnitt lag bei 11,3 Prozent. Wie auch in 15 anderen OECD-Ländern stieg in Deutschland das Armutsrisiko für Kinder in den ersten drei Jahren der Krise an. Gleichzeitig verzeichnete Deutschland jedoch als einziges Land ein erheblich gesunkenes Risiko für junge Menschen von 18 bis 25 Jahren (minus zwei Prozentpunkte). In Österreich ging das relative Armutsrisiko für alle drei Altersgruppen leicht nach oben, am stärksten aber für Ältere.

Quelle: OECD (2013), <http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommen-verteilung-ungleichheit.htm> (7. August 2014)



GINI-KOEFFIZIENTEN DER VERFÜGBAREN EINKOMMEN IN DER OECD

Gini-Koeffizient und P90/P10-Einkommensverhältnis zu den verfügbaren Haushaltseinkommen in OECD-Ländern 2011

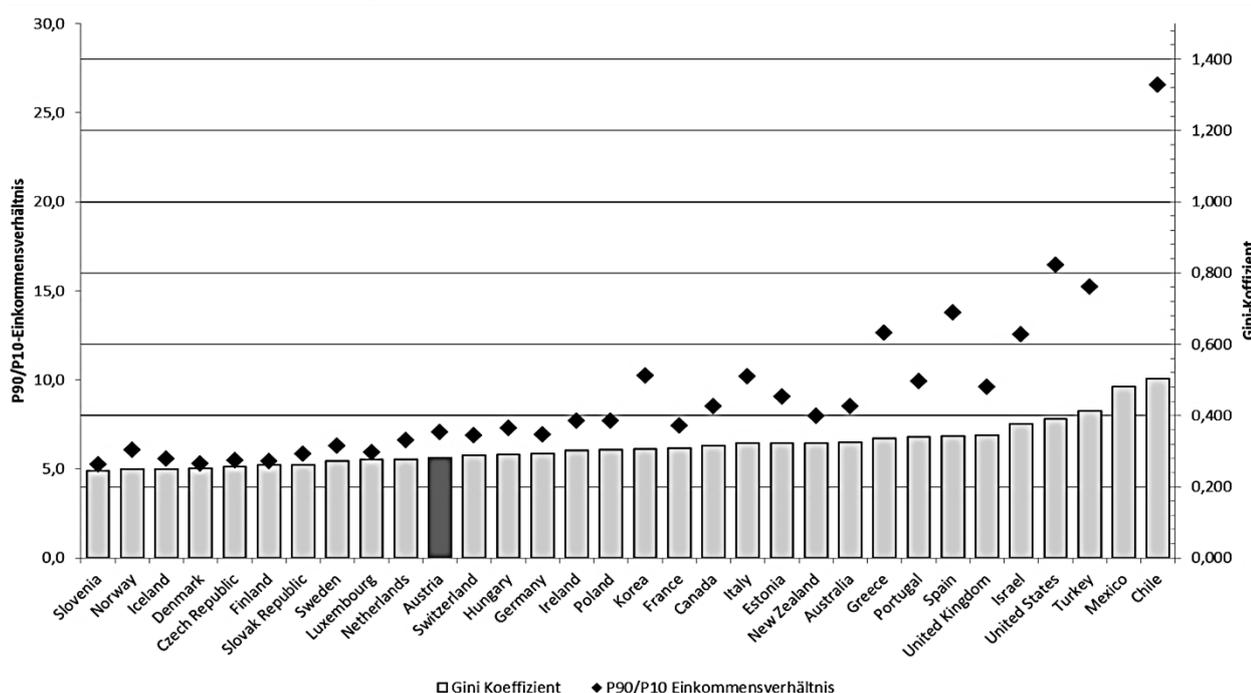


Abbildung 8
Quelle: OECD

In Abbildung 8 werden die Verteilungsmaße GINI-Koeffizient und der P90/P10-Quotient* für einen internationalen Vergleich von OECD-Mitgliedstaaten verwendet.

Österreich lag im Jahr 2011 im vorderen Drittel beim Maß des GINI-Koeffizienten (0,282) in einem Block mit den Nachbarländern Schweiz, Ungarn und Deutschland.

Im Jahr 2007, vor der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, hatte der österreichische GINI-Koeffizient einen Wert von 0,269. Allerdings sagt der GINI-Koeffizient nichts über die Höhe der verfügbaren Haushaltseinkommen an sich aus. Das Verhältnis der verfügbaren Haushaltseinkommen des 90. Perzentils zum 10. Perzentil beläuft sich auf 7,1. Die P90-Haushalte verfügen also über ein rund 7 Mal so hohes Einkommen wie die P10-Haushalte. Im Jahr 2007 betrug der P90/P10-Quotient in Österreich 5,7.



3.3 Einkommensverteilung nach sozioökonomischen Merkmalen*

Alle zwei Jahre wird der Einkommensbericht* vom Bundesrechnungshof vorgelegt.⁸ Darin wird die Einkommenssituation der unselbstständig und selbstständig Erwerbstätigen sowie der Pensionisten analysiert. Die nachfolgende Tabelle (Abbildung 9) zeigt daraus auszugsweise die Verteilung der Brutto- und Nettojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen und der Pensionisten.⁹ Zu beachten ist, dass bei den Unselbstständigen in der Darstellung nicht zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung unterschieden wird. Das Medianeinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen betrug 2011 brutto 23.982 Euro und netto 18.030 Euro, bei den Pensionisten brutto 17.678 und netto 15.872 Euro.

Beim Vergleich der Brutto- und Nettoeinkommen ist der progressive Verlauf der Einkommensteuer mit einer deutlichen Umverteilungswirkung erkennbar. Im untersten Quartil beträgt die durchschnittliche Abgabenbelastung 24,8 %, beim Medianeinkommen 30,6 % und beim obersten Quartil 35,4 %. Der Abstand zwischen den Quartilen beim Bruttostundenverdienst ist deutlich kleiner als der Abstand bei den Quartilen der Jahreseinkommen, was einen Hinweis darauf gibt, dass die Teilzeitbeschäftigung bei den Jahresbruttoeinkommen einen beträchtlichen Anteil hat. Die Bruttostundenverdienste sind gleichmäßiger verteilt als die Jahresbruttoeinkommen.

Typisch für Einkommensverteilungen in Marktwirtschaften ist, dass das arithmetische Durchschnittseinkommen über dem Median liegt. Am oberen Ende der Verteilung gibt es eine stärkere Konzentration der hohen Einkommen. Man nennt dies auch eine Schiefverteilung. Dies ist jedenfalls interessant, wenn man von der Annahme ausgeht, dass sich die politischen Entscheidungsträger am Medianwähler — also dem Wähler in der Mitte — orientieren.



⁸Gemäß dem Bezügebegrenzungs-gesetz haben der Bundesrechnungshof und Statistik Austria die Verpflichtung, den Einkommensbericht alle 2 Jahre vorzulegen (gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungs-gesetzes). Ebenso veröffentlicht der Rechnungshof den Bericht über die durchschnittlichen Einkommen sowie die zusätzlichen Leistungen für Pensionen bei Unternehmungen und Einrichtungen im Bereich der öffentlichen Wirtschaft des Bundes (auf Basis des Art. 121 Abs. 4 B-VG).

⁹Auf die Darstellung der Selbstständigen wurde bewusst verzichtet, da die Datenlage gegenüber den unselbstständig Erwerbstätigen und den Pensionisten deutlich schlechter ist.

EINKOMMENSBERICHT

EINKOMMENSBERICHT 2012

Dezile/Quartile in %	Unselbstständig Erwerbstätige (inkl. Lehrlinge), Daten 2011			Pensionisten	
	Bruttojahres- einkommen in Euro	Nettojahres- einkommen in Euro	Bruttostunden- verdienst in Euro	Bruttojahres- einkommen in Euro	Nettojahres- einkommen in Euro
10	2.392	2.100		6.660	6.321
25	10.068	8.349	7,5	11.108	10.541
50	23.982	18.030	10,0	17.678	15.872
75	37.826	26.250	14,1	27.391	21.891
90	56.204	36.319		37.261	27.956
Arithmetisches Mittel	28.313	19.752		20.961	17.166
Anzahl der Personen	4.140.989	4.140.989		2.029.062	2.029.062

Abbildung 9
Quelle: Bundesrechnungshof, Statistik Austria



4 VERMÖGENSVERTEILUNG

4.1 Wie entsteht Vermögen?

Einkommen und Vermögen stehen in Zusammenhang. Wird laufendes Einkommen nicht aufgebraucht, sondern angespart bzw. werden damit Vermögenswerte erworben, bildet sich Vermögen.

Ebenso kann Vermögen durch Erbschaft und Schenkung vergrößert werden. Zu guter Letzt kann durch das Vermögen selbst aus dem Vermögenseinkommen eine weitere Vergrößerung des Vermögens erfolgen. Unternehmensanteile können Gewinnausschüttungen bringen, Immobilien bringen Miet- und Pachterträge, Sparbücher und Anleihen bringen Zinserträge. Ebenso kann aber Vermögen verringert werden: Es kann veräußert und die Veräußerungserlöse können konsumiert werden, Wirtschafts- und Finanzkrisen können zu Abwertungen von Unternehmensbeteiligungen, Anleihen, Aktien und Immobilien führen oder Vermögen wird durch Kriege oder Naturkatastrophen zerstört.

QUELLEN DES VERMÖGENS

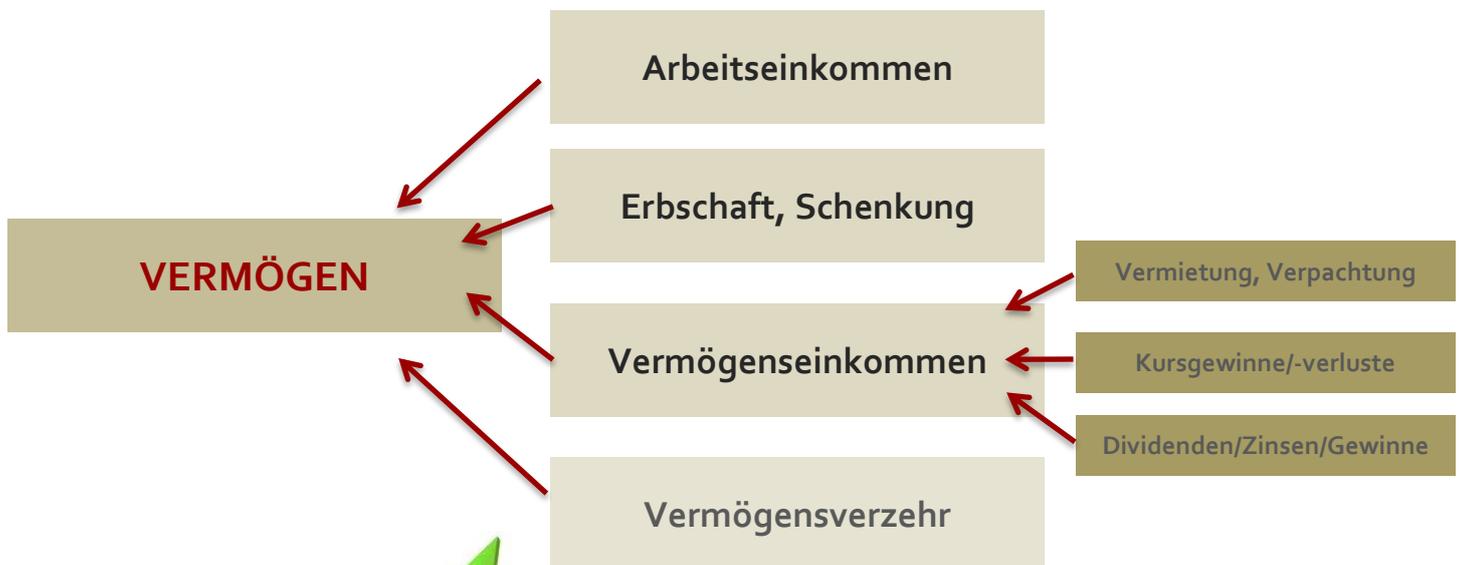


Abbildung 10
Quelle: eigene Darstellung

4.2 Wie wird Vermögen bestimmt?

Im Jahr 2010 hat die Oesterreichische Nationalbank erstmals eine repräsentative Befragung von österreichischen privaten Haushalten durchgeführt, in welcher Daten zu Einkommen, Vermögen, Verschuldung und Ausgaben erhoben wurden (Household Finance and Consumption Survey/HFCS). Diese Befragung fand unter dem Schirm des „Household Finance and Consumption Network (HFCN)“ statt, das von der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken des Eurosystems gegründet wurde. So haben neben der Oesterreichischen Nationalbank auch die nationalen Zentralbanken der anderen Euromitgliedstaaten Befragungen der Haushaltsvermögen durchgeführt.

Für diese Umfrage wurde das Vermögen eines Haushaltes wie folgt bestimmt: Das Bruttovermögen setzt sich aus Immobilien (z.B. Besitz von Haus oder Wohnung) und Fahrzeugen im Eigenbesitz zusammen. Gemeinsam bilden sie das Sachvermögen. Weiters wird dem Bruttovermögen noch das Finanzvermögen zugerechnet, wie z. B. Spareinlagen und Wertpapiere. Demgegenüber stehen aber oft Schulden. Wurde Vermögen auf Kredit erworben (Wohnung, Haus oder ein Fahrzeug) der noch abzuzahlen ist, sind diese Schulden vom Bruttovermögen abzuziehen. Nach dem Abzug der Schulden erhält man das Nettovermögen.



DEFINITION DES VERMÖGENS EINES HAUSHALTES

VERMÖGEN EINES HAUSHALTS

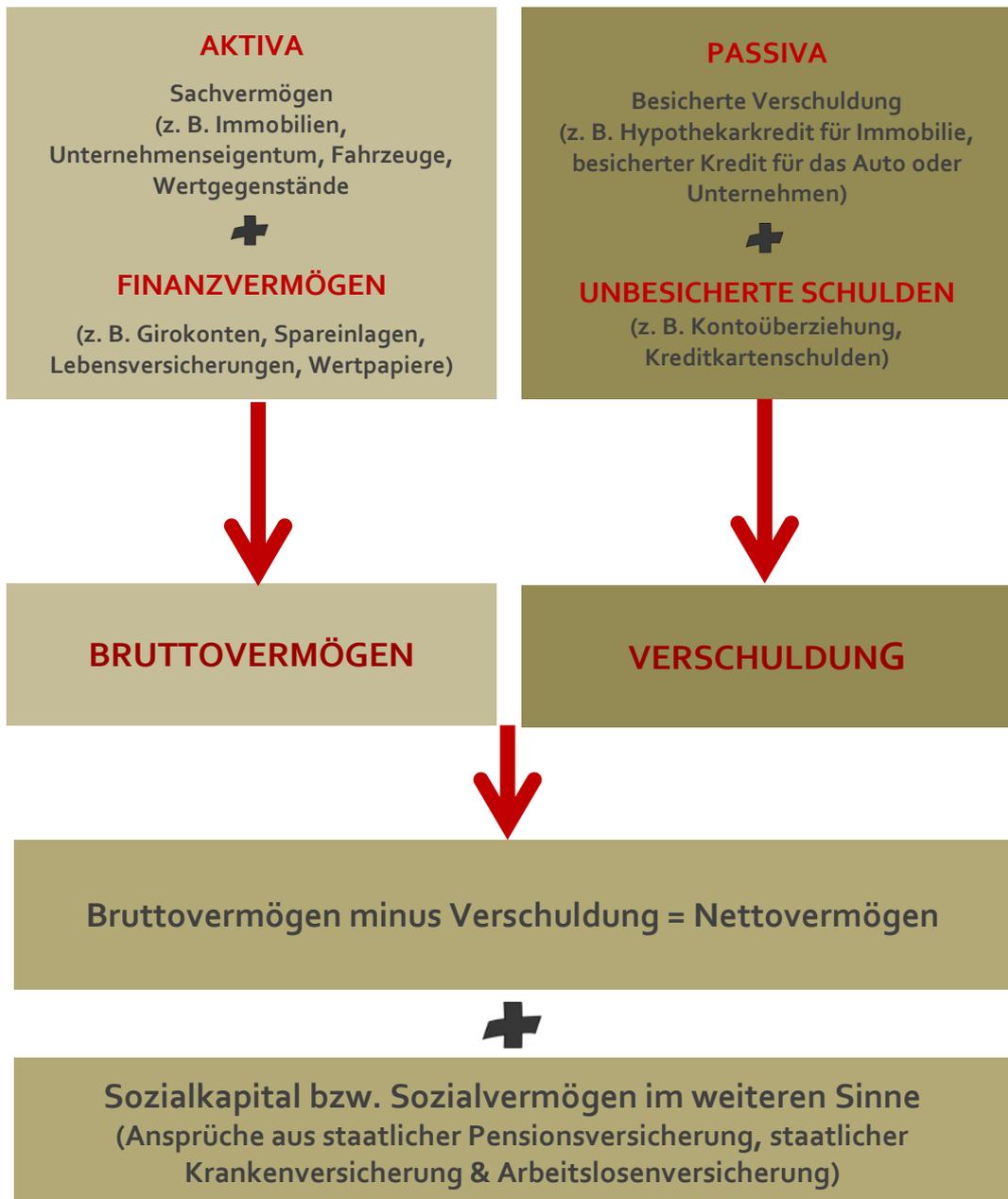


Abbildung 11

Quelle: adaptierte Darstellung basierend auf Fessler et al. (2012)

Bei der „klassischen“ Definition von Vermögen wird allerdings das sogenannte „Sozialkapital“ nicht berücksichtigt. In Österreich stellt der Staat soziale Sicherungssysteme mit einem im internationalen Vergleich großen Leistungsumfang bereit. Die Pensionsversicherung ist verpflichtend und staatlich verwaltet. Ist der Pensionsanspruch wegen wenigen Versicherungsjahren und/oder geringen Einzahlungen in die Versicherung niedrig, wird die Pension aus Steuermitteln um die Ausgleichszulage zur Erreichung eines Mindestwertes erhöht. Günstiges Wohnen wird mittels Gemeindewohnungen oder Genossenschaftswohnungen staatlich bereitgestellt bzw. gefördert. Ebenso sichert die Arbeitslosenversicherung ein bestimmtes Einkommen bei Arbeitslosigkeit. Die staatliche Krankenversicherung hat in vielen Bereichen Fördercharakter.

So übernimmt neben dem materiellen Vermögen auch das **soziale Sicherungssystem Vermögensfunktionen**. „In diesem Sinn können Ansprüche an die Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung als Ersatz für privates Vermögen angesehen und als Sozialvermögen im weiteren Sinn bezeichnet werden.“ (Fessler et al., 2012)

4.3 Wie ist das Vermögen verteilt?

4.3.1 Die Vermögensverteilung in Österreich ohne Berücksichtigung des Sozialkapitals

Die Verteilung der Vermögen gemäß Haushaltsumfrage der Oesterreichischen Nationalbank (HFCS) ist in der nachfolgenden Abbildung 12 abgebildet. Das durchschnittliche Nettovermögen in Österreich beträgt 265.033 Euro, wobei das Sachvermögen — im Regelfall die Immobilie — davon den wichtigsten Teil ausmacht. Der Medianhaushalt besitzt ein Nettovermögen von 76.445 Euro. Das starke Auseinanderklaffen von arithmetischem Mittel und Median gibt einen Hinweis auf eine **deutliche Vermögenskonzentration** in den oberen Vermögensklassen. Das 10. Perzentil — die untersten 10 % — besitzt ein Nettovermögen von 977 Euro und ist de facto ohne Vermögen, während das 90. Perzentil – die obersten 10 % — über ein Nettovermögen von 542.163 Euro verfügt. Oberhalb des Medianvermögens ist das Sachvermögen deutlich größer als das Finanzvermögen. Rund jeder zweite Haushalt besitzt sein Haus oder seine Wohnung. Drei Viertel der Haushalte verfügt über mindestens ein Kraftfahrzeug.



VERTEILUNG DES NETTOVERMÖGENS IN ÖSTERREICH

MITTELWERTE UND PERZENTILE DES NETTOVERMÖGENS				
	Nettovermögen (in Euro)	Sachvermögen (in Euro)	Finanzvermögen (in Euro)	Verschuldung (in Euro)
Mittelwert	265.033	277.925	47.991	47.015
10. Perzentil	977	2.634	947	553
30. Perzentil	14.992	14.598	5.776	3.954
Median	76.445	107.618	14.071	13.777
70. Perzentil	208.435	224.459	34.035	38.414
90. Perzentil	542.163	534.401	105.284	124.111

Abbildung 12
Quelle: Fessler et al. (2012)

In Abbildung 13 wird der Median des Nettohaushaltsvermögens im europäischen Vergleich dargestellt. Überraschend gering ist das Medianhaushaltsvermögen gemessen am Durchschnitt im Eurowährungsgebiet (109.200 Euro), in Deutschland (51.400 Euro) und Österreich (76.400 Euro). Eine Erklärung dafür ist, dass in Deutschland nur 44,2 % der Haushalte über ein Eigenheim verfügen und in Österreich 47,7 %, in Spanien liegt dieser Wert bei 82,7 %. In allen Ländern des Eurowährungsgebietes ist das **Eigenheim** der **größte** Posten in der Vermögensbilanz der Haushalte. In der Abbildung wird auch das Nettohaushaltsvermögen aller Eigenheimbesitzer abgebildet. Dabei zeigt sich, dass Deutschland beim Medianvermögen (215.500 Euro) den Eurowährungsgebetsdurchschnitt (217.600 Euro) erreicht. Das Medianvermögen des österreichischen Eigenheimbesitzers liegt bei 241.200 Euro, somit über dem Durchschnitt des Eurowährungsgebietes.



MEDIAN DES NETTOHAUSHALTSVERMÖGENS ALLGEMEIN UND MEDIAN DES NETTOHAUSHALTSVERMÖGENS VON BESITZERN VON EIGENHEIMEN IN DER EUROZONE

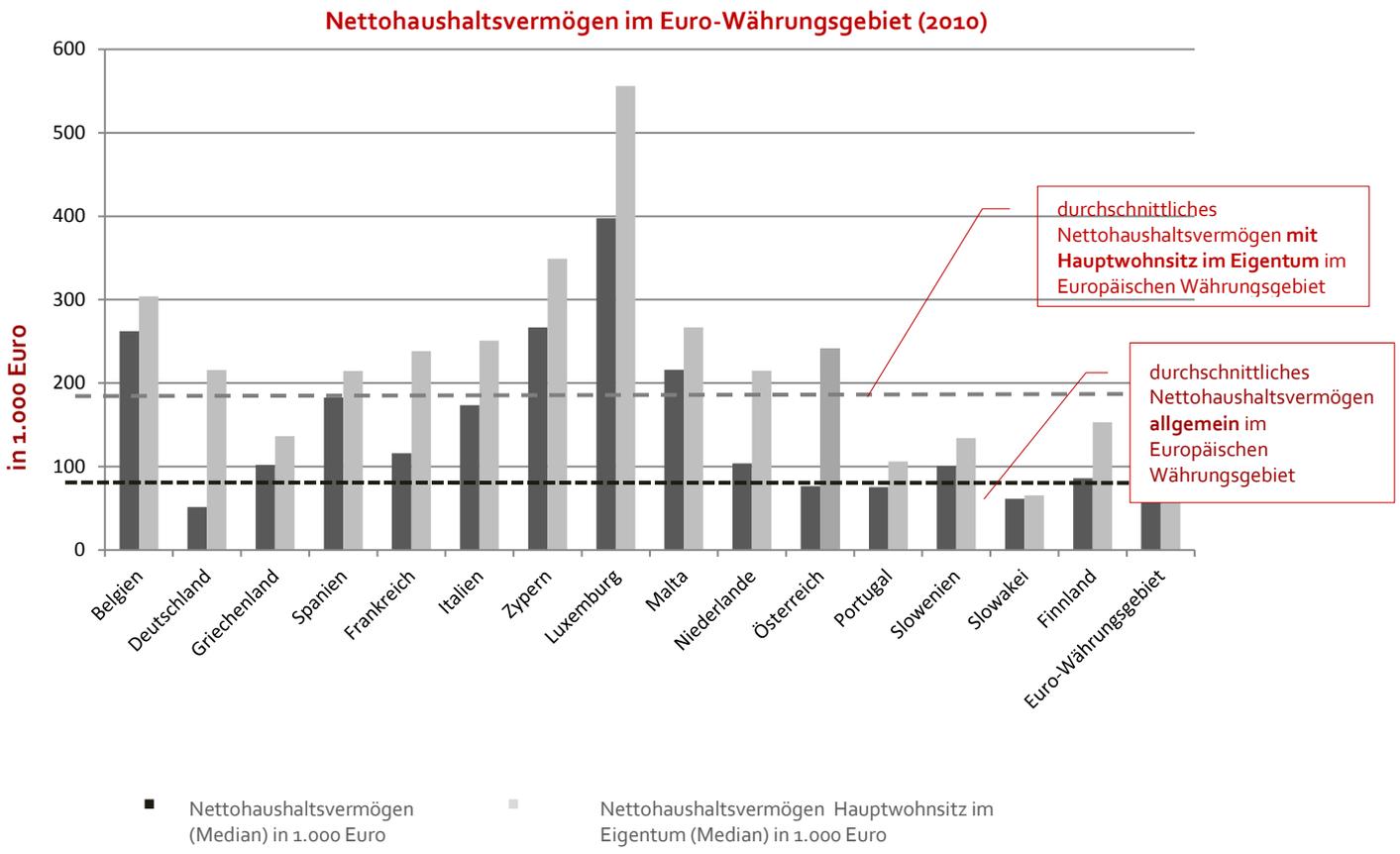


Abbildung 13
Quelle: eigene Darstellung auf Basis von EZB (2013)

Beim Vergleich der Umfragedaten ist eine Reihe von Punkten zu beachten:



Der Durchschnittshaushalt in Österreich und in Deutschland ist ein „Mieterhaushalt“, was entsprechend niedrigere Werte für das Nettohaushaltsvermögen bedeutet (ECB, 2013). In Österreich besitzt nur rund jeder zweite Haushalt ein Eigenheim, während beispielsweise in den südlichen Euroländern rund jeder dritte Haushalt kein Eigenheim besitzt. In Österreich gibt es eine lange Tradition des geförderten Wohnbaus. Genossenschaftswohnungen und Gemeindewohnungen werden günstig vermietet, was den Anreiz zur Anschaffung von Eigentum mindert. Ebenso mindert ein stark ausgebautes Wohlfahrtssystem den Anreiz zur Schaffung von Eigentum.





Bei der Umfrage wurden Haushalte befragt und nicht Einzelpersonen. Österreich weist im Vergleich zu anderen Euroländern im Durchschnitt eine kleinere Haushaltsgröße auf, was zu im Durchschnitt kleineren Vermögen führt. In Österreich gibt es mehr Single-Haushalte als in den meisten anderen Ländern der Eurozone. Würde man gedanklich die durchschnittliche Haushaltsstruktur der Eurozone über Österreich legen, würde das durchschnittliche österreichische Nettovermögen auf 280.500 Euro ansteigen (Fessler et al., 2014).



Für viele Vermögensteile gibt es keine zuverlässigen Bewertungen (vor 20 Jahren gekauftes Grundstück, Unternehmensbeteiligung, Wertpapier mit starken und häufigen Kursschwankungen, geschenktes und vererbtes Vermögen etc.)



Der Zeitpunkt der Umfrage spielt eine Rolle. Zum Zeitpunkt der Haushaltsumfrage gab es in Spanien eine Immobilienblase, die später wieder geplatzt ist. In Österreich sind hingegen die Immobilienpreise seit 2010 stark angestiegen, was die Immobilienbewertungen aus dem Jahr 2010 obsolet macht.

Wie kann man die Entwicklung der Vermögensverteilung erklären oder sogar vorhersagen?

Jüngst gelangte das 2014 publizierte Buch „*Kapital im 21. Jahrhundert*“ des französischen Autors Piketty in den Fokus der öffentlichen Diskussion.¹⁰ Exemplarisch wird darin die langfristige Entwicklung der Vermögenskonzentration in den europäischen Ländern beschrieben: Zwischen dem 18. Jahrhundert und dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurden 90 % des Reichtums von den obersten 10 % der reichsten Haushalte gehalten. Das Top-1 % der reichsten Haushalte verfügte über 60 % des gesamten privaten Vermögens. Derzeit hält das Top-1 % der vermögendsten Haushalte zwischen 20 % und 30 % des gesamten privaten Vermögens, die Top-10 % rund 60 bis 70 % des gesamten Vermögens. Die mittleren 40 % halten rund 20-30 % des gesamten privaten Vermögens. Die unteren 50 % besitzen weniger als 5 % des gesamten Vermögens. Die große Frage ist nun, wie sich die vermögende „Mittelklasse“ herangebildet hat und weiterentwickeln wird. Waren es die Weltkriege die zu Veränderung in der Vermögensverteilung geführt haben? Welche weiteren Gründe könnte es dafür geben? In seinem Buch kommt Piketty letztlich zu dem Schluss, dass die Geschichte der Einkommens- und Vermögensverteilung immer politisch, chaotisch und nicht vorhersagbar ist.

¹⁰ In Piketty (2014) werden Vermögen und Einkommen weltweit und von großen westlichen Staaten wie UK, Frankreich und USA analysiert, jedoch nicht von Österreich.

4.3.2 Die Vermögensverteilung in Österreich mit Berücksichtigung des Sozialkapitals

Österreich verfügt über ein **stark ausgeprägtes Sozialsystem**. Viele Lebensrisiken werden durch öffentliche Leistungen abgesichert. Die Altersvorsorge, die Gesundheits- wie auch die Arbeitslosenversicherung erfolgen öffentlich. In diesen Bereichen wird ein privates Ansparen für Notsituationen somit durch ein öffentliches Umlageverfahren ersetzt. Für untere Einkommensschichten werden Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen mit geringerer als der Marktmiete zur Verfügung gestellt. Die Ausbildung (Volksschule bis Studium) wird wesentlich ohne Kosten für den Einzelnen durch die öffentliche Hand bereitgestellt. All dies wird als **Sozialvermögen** zusammengefasst. Allerdings ist es sehr schwierig, dieses Sozialkapital als Vermögen in konkreten Euro-Beträgen festzumachen. Am ehesten lässt sich dies noch bei der **Pension** darstellen. Das Pensionsvermögen beim Kapitaldeckungsverfahren ist relativ einfach durch Betrachtung des Kapitalstockes zu ermitteln. Aber auch Pensionen im Umlageverfahren* können in einen solchen Kapitalstock umgerechnet werden.

Das *Institut für Höhere Studien (IHS)* hat die Verteilung des **individuellen Nettopensionsvermögens** ausgerechnet. So hat der „Median“-Österreicher ein Nettopensionsvermögen von 181.972 Euro, Personen im untersten Dezil ein Vermögen von 42.100 Euro, Personen im neunten Dezil 261.586 Euro.

Die nachfolgende Abbildung 14 zeigt, wie durch Hinzurechnung des Sozialkapitals in Form der kapitalisierten Pension* zum restlichen Vermögen die Ungleichheit bei den Vermögen merklich reduziert wird. Die Verteilung der Nettovermögen der österreichischen Haushalte weist einen GINI-Koeffizienten von 0,69 auf. Wird den Haushaltsvermögen gemäß Haushaltsumfrage der OeNB nun das Pensionsvermögen hinzugerechnet, verbessert sich die Ungleichverteilung auf 0,4.



VERTEILUNG GESAMTNETTOVERMÖGEN UNTER EINBEZIEHUNG DER (FIKTIV) KAPITALISIERTEN GESETZLICHEN PENSIONSVERSICHERUNG

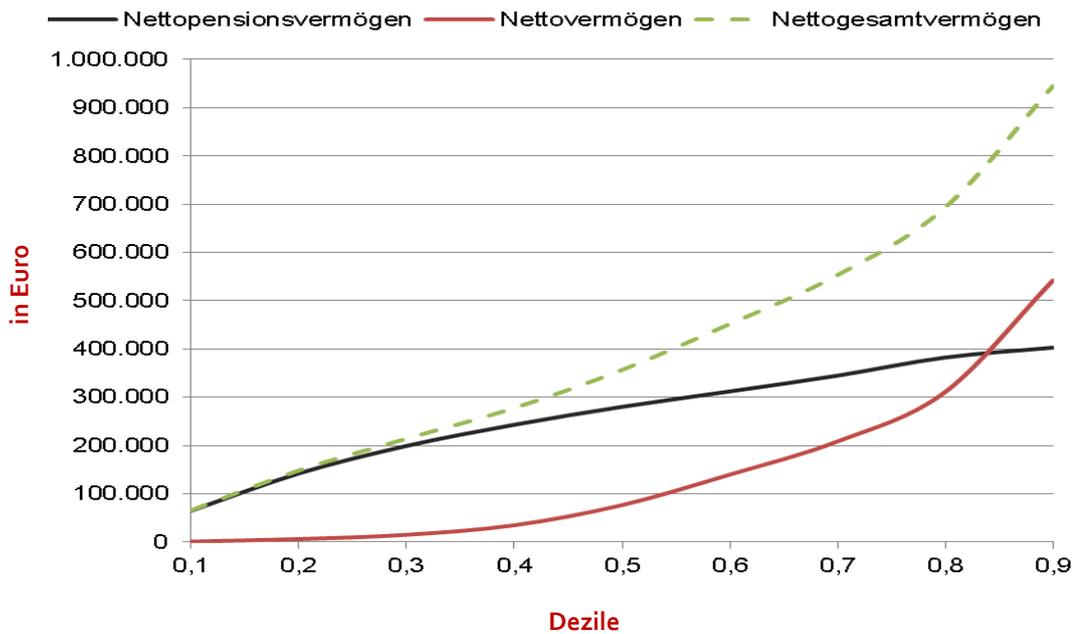


Abbildung 14
Quelle: Keuschnigg et al. (2013)



5 UMWERTEILUNG

5.1 Wie stark wird umverteilt?

Mittel, die umverteilt werden, müssen zunächst einer Gruppe entzogen werden. Erst dann können sie einer anderen Gruppe gegeben werden. Wird mittels Mehrheitsregeln über eine Umverteilung entschieden, sind keine eindeutigen politischen Ergebnisse zu erwarten. Das liegt an den unendlich vielen denkbaren Mehrheitskoalitionen und ebenso vielen Abstimmungsergebnissen.¹¹



Zwei wesentliche Hypothesen bestimmen die **Umverteilungstheorie**:

1. In der Demokratie wird von Reich zu Arm umverteilt, da die Vielzahl der Armen die Minderheit der Reichen überstimmt.
2. Die Mittelklasse verbündet sich wechselweise mit den Armen und den Reichen. Durch strategisches Verhalten profitiert in letzter Konsequenz die Mittelklasse.

Für Österreich wie für andere Staaten existieren Ansätze, welche empirisch die Wirkung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf die Einkommensverteilung (Inzidenz*) berechnen.

In der nachfolgenden Abbildung 15 wird (an Hand der Lorenzkurve) dargestellt, wie das österreichische Transfersystem untere Haushaltseinkommen durch **Nettotransfers maßgeblich erhöht**. Der relativ große Bauch der strichlierten Linie reduziert sich maßgeblich auf die weniger gekrümmte blaue Linie unterhalb der 45-Grad-Gleichverteilungslinie. Für die SILC-Erhebung¹² aus dem Jahr 2009 ist dies auch an Hand der GINI-Koeffizienten ablesbar. Bei Bezug auf das Haushaltseinkommen reduziert sich der GINI-Koeffizient von 47,8 % für die Markteinkommen auf 33,6 % für die verfügbaren Haushaltseinkommen.¹³



¹¹Blankart (2008) definiert die Theorie der Umverteilung „als eine Theorie der Organisationsfähigkeit von Gruppen innerhalb gegebener institutioneller Rahmenbedingungen“. Je nachdem, welche Hypothese der Organisierbarkeit von Gruppen zu Grunde gelegt wird, kommen unterschiedliche Ergebnisse in Bezug auf die Richtung der Umverteilung zustande.

¹²SILC ist die Abkürzung für "Community Statistics on Income and Living Conditions". In der SILC-Erhebung werden jährlich Informationen über die Lebensbedingungen der Privathaushalte in der Europäischen Union gesammelt.

¹³Bei Bezug auf das äquivalisierte Personenhaushaltseinkommen reduziert sich der GINI-Koeffizient von einem Ausgangswert von 42,3 % für die Markteinkommen auf 26,6 % für die verfügbaren Einkommen.

LORENZKURVEN ZU HAUSHALTSEINKOMMEN

Lorenzkurven für das Einkommen privater Haushalte

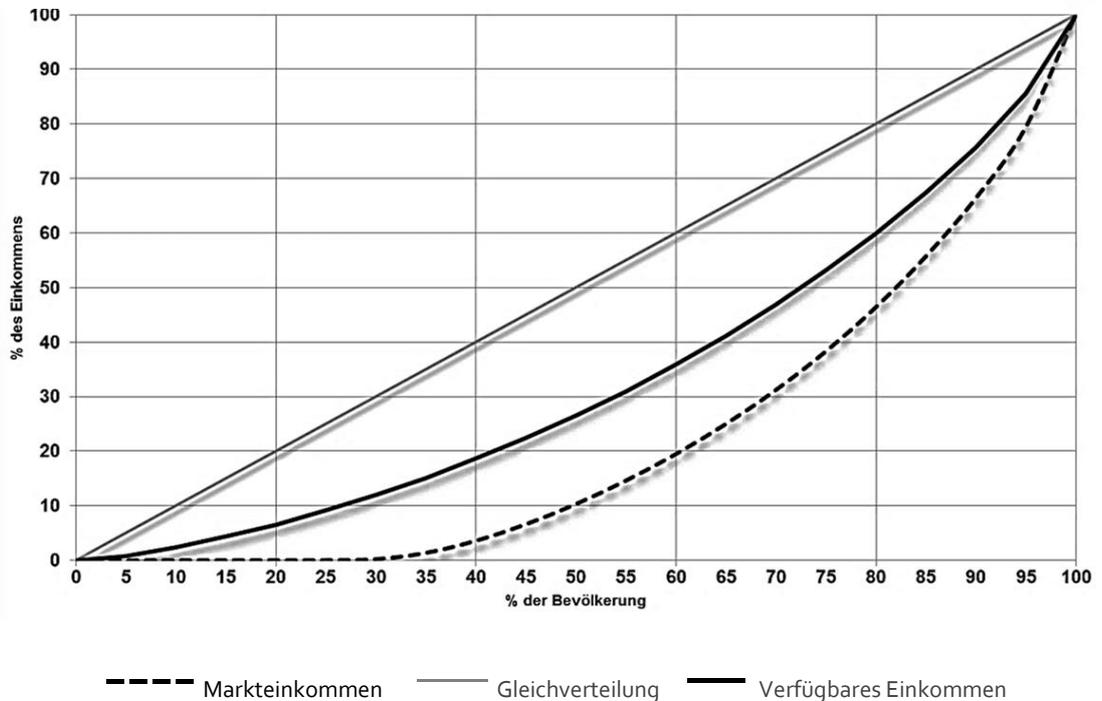


Abbildung 15
Quelle: Statistik Austria

Nachfolgende Abbildung 16 zeigt für OECD-Länder die Verteilung der Haushaltseinkommen im Jahr 2011. Die Daten waren nicht für alle OECD-Länder verfügbar. Die Haushaltseinkommen vor Abzug der Steuern und Hinzurechnung der Transfers weisen sehr hohe Werte des GINI-Koeffizienten auf – in Österreich 0,48. Dass der Staat nun stark in die Einkommensverteilung eingreift, merkt man an der Länge des mittleren Balkens. Die Ungleichverteilung reduziert sich um 21,5 %-Punkte – um etwas weniger als die Hälfte. Die Abbildung zeigt: **Österreich greift am stärksten in die Einkommensverteilung der Haushalte ein.**



**WIE STARK GREIFEN DIE OECD-LÄNDER IN DER VERTEILUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN EIN?
(ABSOLUTE DIFFERENZ DER GINI-KOEFFIZIENTEN DES EINKOMMENS VOR UND NACH STEUERN/TRANSFERS)**

Gini-Koeffizient zu den Haushaltseinkommen vor und nach Abzug von Steuern und Hinzurechnung von Transfer im Jahr 2011

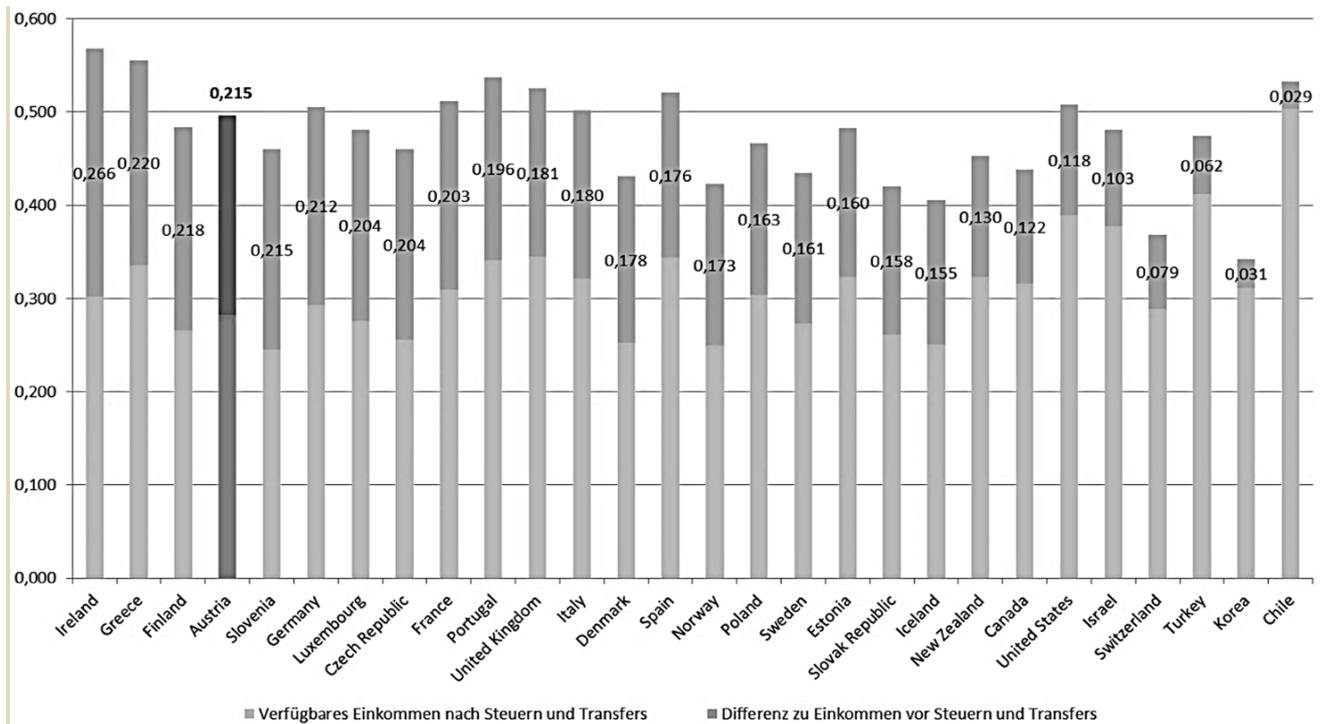


Abbildung 16
Quelle: eigene Darstellung auf Basis von OECD-Daten

Finanzmarkt-, Wirtschafts-, Staatsschuldenkrise und Umverteilung

Im internationalen Vergleich wird ebenso deutlich, dass in Österreich stark zwischen den Primär- und Sekundäreinkommen umverteilt wird. Von allen OECD-Ländern hat Österreich 2007 — vor der Wirtschaftskrise — am stärksten über **Transfers und Steuern** bei den Haushaltseinkommen umverteilt.

- OECD-Mitgliedsländer
- Australien
 - Belgien*
 - Dänemark*
 - Irland*
 - Island**
 - Italien*
 - Korea
 - Mexiko
 - Niederlande*
 - Norwegen
 - Österreich*
 - Polen*
 - Portugal*
 - Slowakische Republik*
 - Spanien*
 - Türkei
 - Ungarn*
- OECD-Partnerländer
- Brasilien
 - Bulgarien*
 - Estland*
 - Litauen*
 - Malaysien
 - Malta*
 - Slowenien*

[https://www.bifie.at/\(2015\)](https://www.bifie.at/(2015))

UMVERTEILUNG ZWISCHEN HAUSHALTSEINKOMMEN VOR UND NACH STEUERN UND TRANSFERS

(GINI-KOEFFIZIENT) 2007 UND 2011 MIT DEN VERÄNDERUNGEN DES PRO-KOPFEINKOMMENS GEGENÜBER GESTELLT

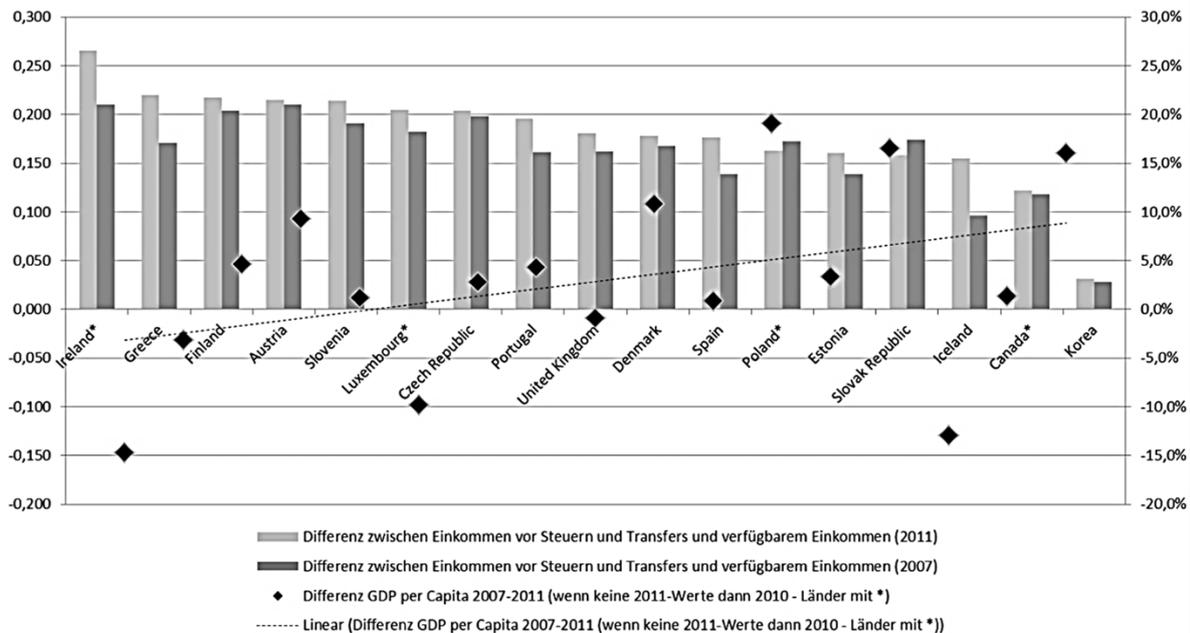


Abbildung 17

Quelle: eigene Darstellung auf Basis von OECD-Daten
GDP = Gross Domestic Product*

Während sich die im vorigen Abschnitt dargestellten Ergebnisse der SILC-Haushaltsbefragung auf das laufende Einkommen der Personen und Haushalte beschränken, erfolgte in einer anderen Untersuchung eine **Gegenüberstellung** der **Markteinkommen** mit den **Einkommen** mit Monatsbasis. Dabei wurden Abgaben inkl. Verbrauchssteuern, Geldtransfers und auch reale Transfers in Form von Sachleistungen (wie Schulbildung oder Gesundheitsbehandlungen) berücksichtigt. Dies bringt eine umfassendere Darstellung der Einnahmen- und Ausgabeninzidenz.

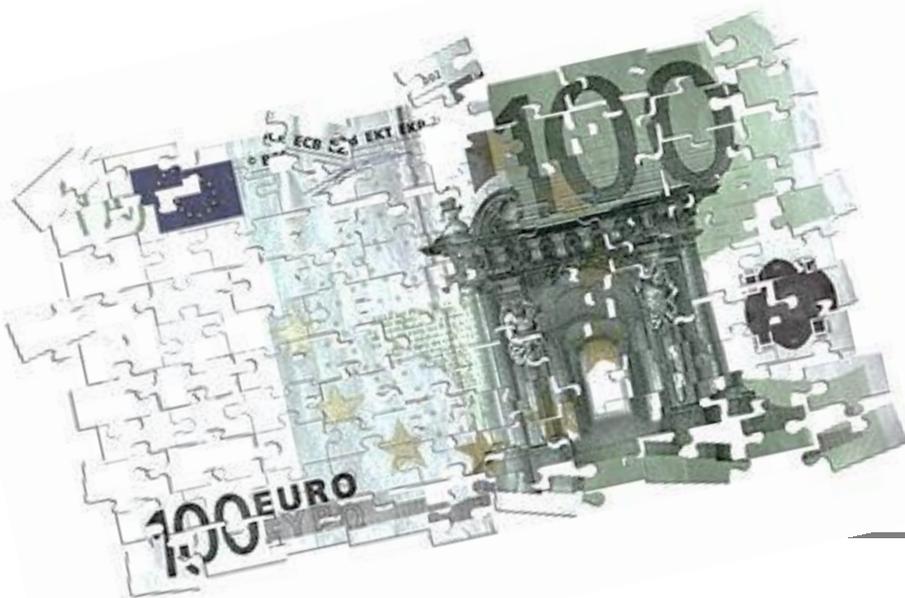
Die folgende Tabelle (Abbildung 18) zeigt: Bei Betrachtung des untersten Einkommensdezils wird deutlich, dass sich das monatliche Markteinkommen nach Anrechnung von Abgaben und Transfers verdreifacht. Das Pro-Kopf-Haushaltsmarkteinkommen von im Schnitt 385 Euro erhöht sich auf ein Sekundäreinkommen von 1.185 Euro. Das **Medianeinkommen ändert sich** nach dem staatlichen Eingriff **kaum**. Das monatliche Median-Markteinkommen beträgt 1.712 Euro und verringert sich nach Steuern und (realen) Transfers kaum auf 1,704 Euro. Bei den **obersten 90 %** der Brutto-Pro-Kopfeinkommen **überwiegt der Effekt der Besteuerung**. Das Bruttoeinkommen verringert sich nach Steuern und Transfers von 5.393 Euro deutlich auf 3.709 Euro. Der GINI-Koeffizient* für die Markteinkommen beträgt 33,5 % und wird nach den Umverteilungsmaßnahmen auf 18,5 % fast halbiert. Dieser gegenüber der OECD-Statistik wesentlich niedrigere Wert kommt unter anderem dadurch zustande, dass zusätzlich **reale Transfers** (Sachleistungen) mit offenbar **großer Umverteilungswirkung** berücksichtigt werden.

PRIMÄR- UND SEKUNDÄRVERTEILUNG DER MONATLICHEN PRO-KOPF-EINKOMMEN PRIVATER HAUSHALTE

PRIMÄR- UND SEKUNDÄRVERTEILUNG DER MONATLICHEN PRO-KOPFEINKOMMEN IN DEN NICHT-SELBSTSTÄNDIGEN HAUSHALTEN				
Bruttoäquivalenzmarkteinkommen	Bruttoäquivalenz- markteinkommen		Äquivalente Sekundärverteilung nach monetären und realen Transfers	
	Durchschnitt in Euro	Anteile (%)	Durchschnitt in Euro	Anteile (%)
1. Dezil	385	1,8	1.127	5,9
5. Dezil (Median)	1.712	8	1.704	8,8
10. Dezil	5.393	25,3	3.709	19,2
Insgesamt	2.129	100	1.927	100
GINI-Koeffizient		0,335		0,185

Abbildung 18
Quelle: Guger et al. (2009)

Bei ausschließlicher Betrachtung der **Transferseite** wird die **Umverteilungswirkung** insbesondere auf der **Ausgabenseite** **besonders deutlich**. Das unterste Einkommensdezil erhält 37 % der Gesundheits- und Pflegeleistungen, 40,4 % der Bildungsleistungen, 46,7 % der Familienleistungen, 88,3 % des Arbeitslosengeldes, der Notstands- und Sozialhilfe, 88,2 % der Wohnbeihilfen und 63,5 % der Hinterbliebenenleistungen. Das entsprechend umgekehrte Bild zeigt sich beim obersten Einkommensdezil.



VERTEILUNG DER ÄQUIVALENTEN MONETÄREN UND REALEN TRANSFERNACH BRUTTOÄQUIVALENZEINKOMMEN DER NICHT-SELBSTSTÄNDIGENHAUSHALTE

VERTEILUNG DER ÄQUIVALENTEN MONETÄREN UND REALEN TRANSFERS NACH BRUTTOÄQUIVALENZEINKOMMEN DER NICHT-SELBSTSTÄNDIGENHAUSHALTE										
	Gesundheitsleistungen		Bildungsleistungen		Familienleistungen		Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe		Wohnbeihilfen	
Bruttoäquivalenzmarkteinkommen	Euro pro Monat	Anteile (%)	Euro pro Monat	Anteile (%)	Euro pro Monat	Anteile (%)	Euro pro Monat	Anteile (%)	Euro pro Monat	Anteile (%)
1. Dezil	300	9	176	15	112	15	301	71	17	47,3
5. Dezil	316	9	149	12	94	12	7	2	1	8
10. Dezil	298	9	63	5	34	4	1	0	—	3
Insgesamt	320	100	122	100	77	100	42	100	4	100
GINI-Koeffizient		-0,045		-0,135		-0,193		-0,723		-0,671

Abbildung 19
Quelle: Guger et al. (2009)

Aus Abbildung 19 ist die erste Hypothese, dass in Österreich von Reich nach Arm verteilt wird, wohl bestätigt. Wie die Umverteilung im Mittelstand auf Grund welcher Koalitionen mit Reich oder Arm stattfindet, lässt sich aus den Darstellungen nicht ableiten.





5.2 Grenzen der Umverteilung

Im Steuerrecht ist oft vom **Leistungsfähigkeitsprinzip** die Rede. Für dieses gibt es schon früh erste Ansätze. Beispielsweise *Adam Smith* hielt im Jahr 1776 fest:

„Die Bürger sollen Steuern im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten zahlen, und zwar besonders im Verhältnis zum Einkommen, das sie unter dem Schutzes des Staates genießen.“

Oft wird mit dem Begriff des Leistungsfähigkeitsprinzips der Begriff der **Steuerprogression** verbunden. Damit ist gemeint, dass jemand mit einem hohen Einkommen einen größeren Teil von diesem für die Steuer abgeben kann, als jemand, der ein geringes Einkommen hat. Das basiert auf der folgenden Überlegung: für jemand mit geringem Einkommen stellt schon ein kleiner Teil von seinem Einkommen für die Steuer ein relativ großes Opfer dar. Hat jemand ein hohes Einkommen, fällt es ihm leichter, einen größeren Teil seines Einkommens abzugeben. Er kann sich auch, wenn er relativ mehr für die Steuer abgibt, immer noch sehr viel leisten. Allerdings hat die Opfertheorie einen Haken:

Beispiel: Zwei Personen verdienen jeweils 100.000 Euro. Die erste arbeitet 1.600 Stunden, um die 100.000 Euro zu verdienen. Der zweite verdient in 10 Stunden mit einem Spekulationsgeschäft 100.000 Euro. Auf Basis dieses Beispiels ist es problematisch, Arbeitsleid und Opfergleichheitsüberlegungen gegenüberzustellen. Darüber hinaus ist zu fragen: Warum soll jemand, der 800 Stunden arbeitet und 50.000 Euro verdient, in Relation weniger Steuern zahlen als jemand, der 1.600 Stunden arbeitet und 100.000 Euro verdient? Der progressive Steuertarif kann letztlich nicht über das Leistungsfähigkeitsprinzip, sondern nur über eine **an sich wertende, soziale Gerechtigkeit** gerechtfertigt werden (Beiser, 2006, 27). Aus **ökonomischen Effizienzgründen** kann nur ein **proportionaler Steuertarif*** als **effizient bewertet** werden. (zitiert nach Tiepke, Lang, 2008, S. 88)

Progressiver Einkommensteuertarif

In Österreich ist die Lohn- und Einkommensteuer progressiv ausgestaltet. Die ersten 11.000 Euro des Einkommens sind steuerfrei gestellt. Wenn jemand mehr als 11.000 Euro steuerpflichtiges Einkommen bezieht, muss er ab dem 11.001 Euro für jeden zusätzlichen Euro 36,5 % Lohn- bzw. Einkommensteuer zahlen. Wenn jemand über 25.000 Euro verdient, so zahlt er/sie für jeden weiteren Euro 43,2 % und ab 60.000 Euro für jeden zusätzlich verdienten Euro 50 % Steuern.

Verteilung der Steuerlast beim progressiven Einkommensteuertarif

Bei Betrachtung der Lohnsteuerstatistik wird die **Wirkung** des **progressiven Lohn-/Einkommensteuertarifs** offensichtlich. Die „untere“ Hälfte der Einkommensbezieher (49 %) bekommt zwar nur 17 % aller Löhne, trägt aber auch mit 3 % einen noch viel kleineren Teil zur gesamten Lohnsteuer bei. Die 10 % als einkommensstärkste Beschäftigte bekommen 32 % aller Löhne, tragen aber mehr als die Hälfte (52 %) zur Lohnsteuer bei.



Finanzamt

Die Steuerreform 2016 sieht folgenden Einkommens- und Steuertarif mit einer Progressionsentschärfung im unteren und mittleren Bereich, aber durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes vor:

Steuertarif bis 31. Dezember 2015			Steuertarif ab 1. Jänner 2016		
über (Euro)	bis (Euro)	Steuersatz (%)	über (Euro)	bis (Euro)	Steuersatz (%)
0	11.000	0	0	11.000	0
11.000	25.000	36,5	11.000	18.000	25
25.000	60.000	43,21	18.000	31.000	35
60.000		50	31.000	60.000	42
			60.000	90.000	48
			90.000	1 Mio.	50
			1 Mio.		55 (befristet)

VERTEILUNG DER LOHNSTEUERLAST

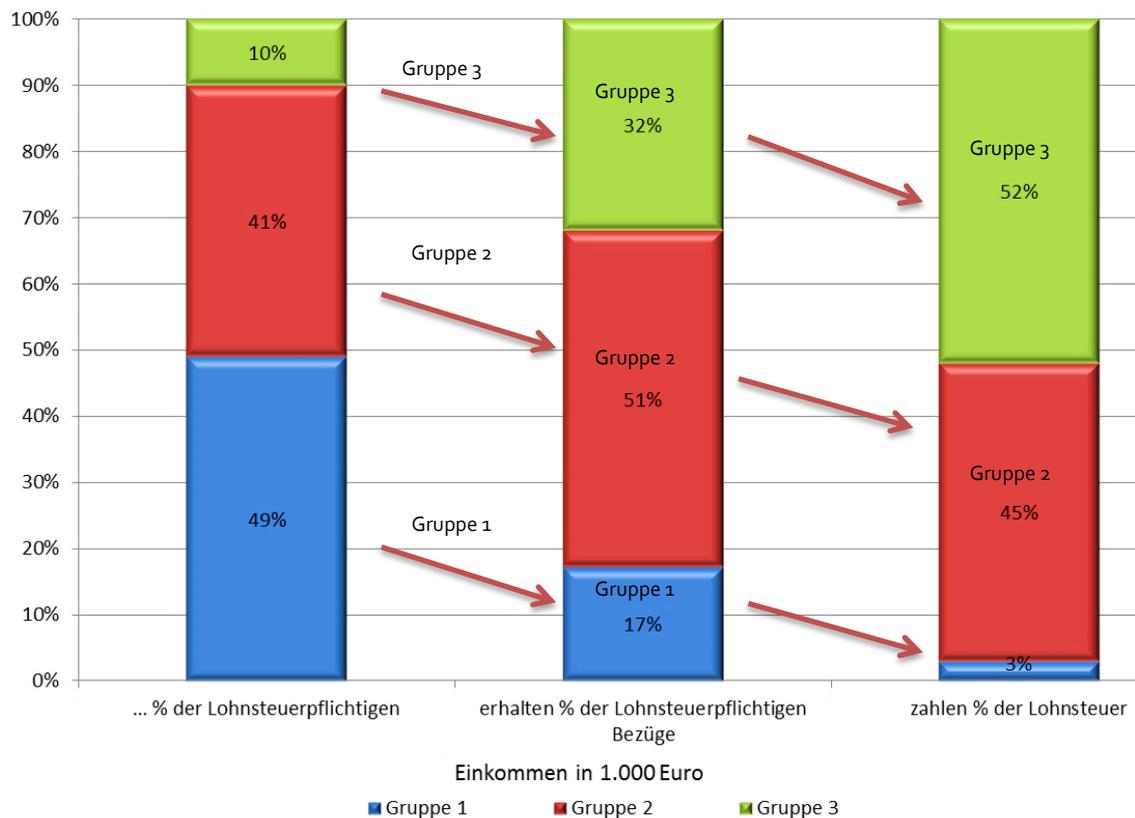


Abbildung 20
Quelle: BMF (2014), Basis: Arbeitnehmer und Pensionisten gemäß Lohnsteuerstatistik 2012

Ist die **Steuerprogression** aber so stark ausgerichtet, dass sie den **Leistungswillen schwächt** und durch Umverteilung diejenigen begünstigt, die keinen Willen zur Leistung haben, kann bzw. wird das dazu führen, dass die **potenziell Leistungsfähigen** der **Steuerlast** auf legale oder auch illegale Weise **ausweichen**. Die **Konsequenz** wäre, dass dann insgesamt weniger Steuern eingenommen werden und **weniger Volumen zur Umverteilung** zur Verfügung stünde.

Umverteilung findet aber nicht nur über den Steuertarif sondern eben auch über Geldtransfers (z. B. Familienbeihilfe, Mietzinsbeihilfe, Negativsteuer) und Sachleistungen (z. B. gratis Schuldbildung) statt, also einem Mix. Im Umverteilungsprozess werden unterschiedliche Gruppen mit abweichenden Bemessungsgrundlagen, variierenden Tarifen etc. begünstigt. Diese **Vielschichtigkeit** des Umverteilungsprozesses hat entsprechende Konsequenzen für dessen Effizienz. Diese **Effizienzprobleme** können dazu führen, dass nach dem Umverteilungsprozess **alle schlechter gestellt sind als davor**.



Ursachen dafür können sein:



Arbeits- bzw. Investitionsanreize werden durch arbeitsfreies bzw. risikoloses Einkommen gemindert



Die **Abgabepflichtigen**, die die Transfers finanzieren, versuchen auf legale und illegale Weise ihre Abgabenbelastung zu reduzieren. Legal geschieht das durch weniger Arbeiten, Abwanderung ins Ausland, illegal durch Schwarzarbeit.



Transfers sind so ausgestaltet, dass es zu großen Mitnahmeeffekten bzw. Missbräuchen kommt.



Substanzbesteuerung (Vermögenssteuern) kann dazu führen, dass die Besteuerung höher ist als das, aus den Vermögen, erwirtschaftete Einkommen. (Besteuert man bei niedrigen Zinsen nicht nur die Zinserträge, sondern auch das zu Grunde liegende Kapital, wird das Kapitalvermögen insgesamt kleiner. Auch kann es passieren, dass beispielsweise eine Erhöhung der Grundsteuer durch Überwälzung über Mieten auch von niedrigen Einkommen bezahlt werden muss, also nicht zielsicher ist. Erleiden Unternehmen Verluste, verlieren sie ohnehin schon Geld, müssten diese trotzdem Vermögensteuern abführen.

Anhand dieser aufgelisteten Punkte ist erkennbar, dass **mehrere Ziele zueinander in Konflikt stehen**. Maßnahmen zur **Einkommensgerechtigkeit** können im Widerspruch zu Wachstums- und Beschäftigungszielen stehen. Das Ziel der sozialen Mobilität kann mit dem Ziel der möglichst gleich verteilten Einkommen im Widerspruch stehen.

Internationale Vergleiche und nationale Statistiken geben Hinweise darauf, dass der **österreichische Staat stark** in die **Umverteilung eingreift**. Große Budgets und hohe Umverteilungswirkungen sind in den Sozialbudgets beobachtbar. Die öffentlichen Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität, Alter, Hinterbliebene, Familien/Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen und soziale Ausgrenzung lassen sich an Hand der sogenannten **Sozialquote** festmachen. Sie zeigt die Summe dieser Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2012 lag Österreichs Sozialquote mit 30,2 % leicht über dem EU-Schnitt (28) von 29,5 % des BIP.

Insbesondere die mittelfristigen Prognosen **steigender Gesundheits- und Pensionsausgaben** lassen erwarten, dass sich die Diskussion in Richtung Effizienz der sozialen Ausgaben – beispielsweise in Form verbesserter Abstimmung der Sozialtransfers zwischen den unterschiedlichen Gebietskörperschaften oder auch Pensionsreformen — bewegen wird (vgl. dazu das Beispiel in der Einleitung). 2010 wurde in Österreich das **Transparenzdatenbankgesetz*** beschlossen, das für den Einzelnen eine Darstellung der Abgabenleistungen und der Ihnen gegenüberstehenden Transfers bringen soll.



6 GLOSSAR¹⁴

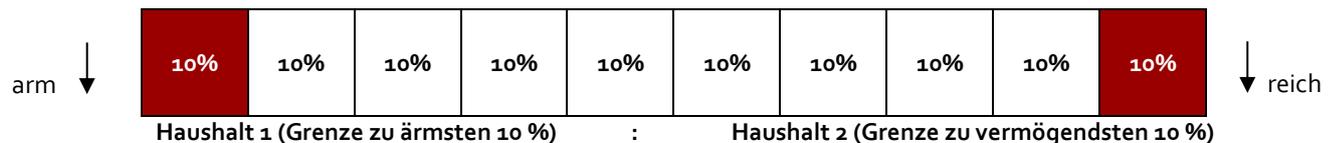
- ➔ **Arithmetisches Mittel:** Das arithmetische Mittel (auch Durchschnitt) ist ein Mittelwert, der als Quotient aus der Summe aller beobachteten Werte und der Anzahl der Werte definiert ist. Sind die betrachteten Werte zufälliger Natur, kann das arithmetische Mittel auch als empirischer Erwartungswert angesehen werden.
- ➔ **Äquivalenzeinkommen:** (auch „äquivalisiertes Haushaltseinkommen“) Gewichtetes Haushaltseinkommen. Die Gewichtung wird auf Basis der EU-Skala berechnet, das verfügbare Haushaltseinkommen wird durch die Summe der Gewichte je Haushalt dividiert. Dadurch wird ein Pro-Kopf-Einkommen des Haushaltes ermittelt.
- ➔ **Bruttolohn:** Den vereinbarten Lohn zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber bezeichnet man in seiner Gesamtheit als den Bruttolohn. In der Regel wird ein Bruttolohn auf einen Monat bezogen.
- ➔ **Bundesverfassung:** Als Verfassung werden Gesetze bezeichnet, die die Grundlage für staatliches Handeln bilden und die Einrichtung und Ausübung von politischer Herrschaft regeln. In einer Verfassung finden sich also etwa die Regeln dafür, wie ein Staat aufgebaut ist und wer Gesetze beschließen kann.
- ➔ **Dezil (Zehntelwerte):** Beispielsweise Haushalte werden nach Höhe ihres Nettoeinkommens aufsteigend geordnet. Teilt man die Gesamtzahl der Haushalte bei gleichbleibender Anordnung in 10 gleich großen Gruppen, erhält man Dezile.
- ➔ **Gewinnquote:** Das Volkseinkommen einer Wirtschaft setzt sich zusammen aus den Löhnen und den Unternehmens-/Unternehmergewinnen. Wenn die Unternehmensgewinne zum Volkseinkommen in Verhältnis gesetzt werden, erhält man die Gewinnquote als Prozentzahl.
- ➔ **Gini-Koeffizient:** Der Gini-Koeffizient stellt ein Maß für die Verteilungsungleichheit von Einkommen dar und kann einen Wert zwischen null und eins annehmen. Je größer der Wert ist, desto größer ist die Ungleichheit in einer Verteilung. Das heißt bei einem Gini-Koeffizienten von eins würde eine Person das gesamte Einkommen erhalten, bei einem Wert von null besteht absolute Einkommensgleichheit. Der Gini-Koeffizient baut auf der Lorenzkurve* auf und entspricht dem Verhältnis der Fläche zwischen Diagonale und Lorenzkurve zu der Fläche zwischen Diagonale und x-Achse.
- ➔ **Gross domestic product:** (GDP) ist die englische Bezeichnung für Bruttoinlandsprodukt (BIP)

¹⁴ Vereinzelt wurde bei den Erklärungen im Glossar auf die Internetseite des Gabler Wirtschaftslexikons zurückgegriffen <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/> (30. Dezember 2014).

- **Horizontale Umverteilung:** Umverteilung von grundsätzlich gleichen Einkommen auf Basis anderer Unterscheidungsmerkmale als das Einkommen.
- **Inzidenz:** Wirkungen einer finanzpolitischen Maßnahme auf die Einkommensverteilung. Bei der Inzidenzanalyse geht es um die Untersuchung der Überwälzungsvorgänge.
- **Kapitalisierte Pension:** Die Pension kann grundsätzlich auf zwei Arten finanziert werden.
 - 1) Ansparen eines bestimmten Betrages auf einem Konto, das dann nach einer Rentenformel monatlich als Pension zur Auszahlung kommt (Kapitaldeckungsverfahren).
 - 2) Umlageverfahren*: Die eingezahlten Pensionsversicherungsbeiträge der aktuell Erwerbstätigen gelangen unmittelbar als ausgezahlte Pensionen an die Pensionisten. Rechnerisch kann man das Umlageverfahren so darstellen, als ob auf ein Pensionskonto angespart worden wäre. Dies bezeichnet man dann als Kapitalisierung.
- **Lebensrisiken:** Zu den elementarsten sozialen Lebensrisiken gehören Krankheit, Unfälle, Arbeitslosigkeit und Altersvorsorge.
- **Lohnquote:** Das Volkseinkommen einer Wirtschaft setzt sich zusammen aus den Löhnen und den Unternehmens-/Unternehmergewinnen. Wenn die Löhne zum Volkseinkommen ins Verhältnis gesetzt werden, erhält man die Lohnquote als Prozentzahl.
- **Lorenzkurve:** Die Lorenzkurve veranschaulicht das Ausmaß an Ungleichheit in einer Verteilung. Analog zu einem Gini-Koeffizienten* von null würde eine 45°-Linie für die Lorenzkurve absolute Einkommensgleichheit bedeuten. Die Lorenzkurve ist immer monoton steigend und konvex.
- **Median:** Der Median (mittlerer Wert) wird ermittelt, indem z. B. alle Einkommensbezieher einer Gruppe nach der Höhe ihres Einkommens geordnet werden. Der Median ist der Wert, unter bzw. über dem die Einkommen von jeweils der Hälfte der Einkommensbezieher liegen. Der Vorteil des Medians gegenüber dem arithmetischen Mittel besteht in seiner Robustheit gegen statistische Ausreißer.
- **Medianhaushalt:** Beispielsweise werden Haushalte nach Höhe ihres Nettoeinkommens aufsteigend geordnet. Wenn man die Gesamtzahl bei gleichbleibender Anordnung in 2 gleich großen Gruppen teilt, ist der Haushalt in der Mitte zwischen den beiden Gruppen der Medianhaushalt.
- **Nettolohn:** Wenn man vom Bruttolohn die Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeitrag abzieht, erhält man den Nettolohn. Das ist jener Lohn, der auf das Gehaltskonto des Arbeitnehmers ausbezahlt wird.
- **Nettohaushaltseinkommen:** Das Nettohaushaltseinkommen ergibt sich nach Abzug von Steuern und Abgaben und der Hinzuzählung von öffentlichen Transfers. Das äquivalisierte

Nettoeinkommen entspricht dem gewichteten Nettohaushaltseinkommen (im Gegensatz zum verfügbaren Einkommen sind private Transfers nicht berücksichtigt).

- ➔ **OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung):** Die OECD ist die Nachfolgeorganisation der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Kanadas zur Koordinierung des Marshall-Plans für den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde. Die OECD soll ihren 34 Mitgliedsländern helfen, eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen höheren Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen; sie soll den Ländern helfen, ihre finanzielle Stabilität zu wahren, einen Beitrag zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum in anderen Ländern leisten und zur Ausweitung des Welthandels auf multilateraler und nichtdiskriminierender Grundlage beitragen.
- ➔ **P90/P10-Quotient:** Er zeigt das Verhältnis zwischen dem Einkommen des 90. Perzentils und dem Einkommen des 10. Perzentils. Das Einkommen des Haushalts, der die Grenze zu den vermögendsten 10 % bildet, wird ins Verhältnis zum Einkommen des Haushalts, der die Grenze zu den 10 % der ärmsten Haushalte bildet, gestellt.



Beim Nettovermögen liegt dieser Wert beim 581,1fachen¹⁵. Der GINI-Koeffizient trifft bessere Aussagen zur Verteilungsmittle hin, während der P90/P10-Quotient eine höhere Aussagekraft für die Verteilung an den äußeren Enden innehat.

- ➔ **Pareto-optimal:** Benannt nach dem Ökonomen Vilfredo Pareto (1848 – 1923): Ein Zustand ist pareto-optimal (pareto-effizient) genau dann, wenn man ihn nicht so abändern kann, dass mindestens ein Mensch besser dasteht, ohne dass jemand schlechter dasteht.
- ➔ **Perzentil (Hundertstelwerte):** Beispielsweise werden Haushalte nach Höhe ihres Nettoeinkommens aufsteigend geordnet. Wenn man die Gesamtzahl bei gleichbleibender Anordnung in 100 gleich große Gruppen teilt, erhält man Perzentile.
- ➔ **Positive externe Effekte/Externalitäten:** Externe Effekte haben keine Auswirkungen für den Verursacher, weil zwischen ihm und den Betroffenen keine wirtschaftliche oder vertragliche Beziehung besteht. Der Verursacher berücksichtigt die Kosten bzw. den Nutzen für die Betroffenen nicht (soziale Kosten). Positive externe Effekte liegen vor, wenn z. B. angenehme Gerüche oder Düfte vorliegen oder wenn in einem Hochhaus die Nachbarn alle die Heizung nutzen.
- ➔ **Präferenz:** Präferenz bezeichnet den Vorzug einer Handlungsalternative oder einer Ware,

¹⁵ Michael Andreasch, Pirmin Fessler, Peter Mooslechner, Martin Schürz: Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich, OeNB

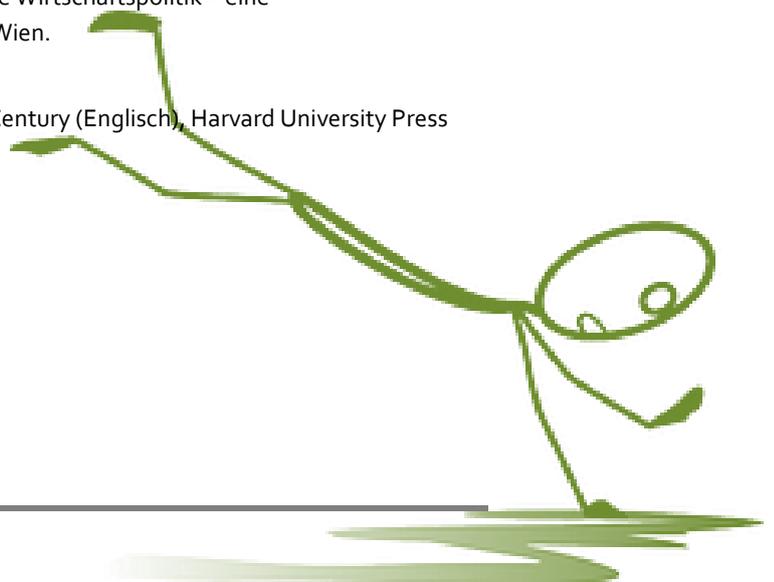
die ein Marktteilnehmer für etwas hat. Präferenzen sind ein wichtiges Element in den Wirtschaftswissenschaften bei der Modellierung von Akteuren, deren Handlungen gemäß ihren Präferenzen erklärt werden.

- **Quartil (Viertelwerte):** Für die Berechnung der Quartile werden z. B. die Einkommensbezieher der jeweiligen Gruppen nach der Höhe ihrer Einkommen aufsteigend sortiert und in vier gleich große Gruppen geteilt. Das erste Quartil entspricht jenem Wert, unter dem das Einkommen von 25 % der Einkommensbezieher liegt, das dritte Quartil bezeichnet den Wert, unter dem die Einkommen von 75 % der Einkommensbezieher liegen. Das zweite Quartil entspricht dem Median. Die Quartile geben somit jeweils den Grenzwert an, unter bzw. über dem die Einkommen eines Viertels (dem niedrigsten bzw. dem höchsten) der jeweiligen Einkommensgruppe liegen.
- **Rechnungshof:** Der Rechnungshof überprüft im Rahmen seiner verfassungsrechtlich verankerten Unabhängigkeit, ob die durch die öffentlichen Budgets zur Verfügung gestellten Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt werden. Die Ausübung der öffentlichen Kontrolle ist einer der Eckpfeiler des Parlamentarismus und der Demokratie.
- **Selbstständig Erwerbstätige:** Das sind all jene Personen, die als Selbstständige — im Wesentlichen als eigene Unternehmer — einer Arbeit nachgehen — also arbeitstätig und nicht beschäftigt sind.
- **Sozioökonomische Verteilung:** Hier wird die Verteilung von Gruppen, die sich nach sozioökonomischen Kriterien unterscheiden, wie aktive Beschäftigung versus Pensionisten, analysiert.
- **Terzil (Drittelwerte):** Beispielsweise werden Haushalte nach Höhe ihres Nettoeinkommens aufsteigend geordnet. Wenn man die Gesamtzahl bei gleichbleibender Anordnung in drei gleich große Gruppen teilt, erhält man Terzile.
- **Transfer:** Transferausgaben bzw. Transferzahlungen sind Zahlungen bzw. Einnahmen der Sektoren, die ohne spezielle Gegenleistung an andere Sektoren geleistet oder von diesen empfangen werden. Soweit Transfers Zahlungen der öffentlichen Hand an private Haushalte darstellen, erhöhen sie deren verfügbares Einkommen.
- **Umlageverfahren:** Die eingezahlten Pensionsversicherungsbeiträge der aktuell Erwerbstätigen gelangen unmittelbar als ausgezahlte Pensionen an die Pensionisten. Rechnerisch kann man das Umlageverfahren so darstellen, als ob auf ein Pensionskonto angespart worden wäre. Dies bezeichnet man dann als Kapitalisierung.
- **Unselbstständig Erwerbstätige:** Damit sind im Wesentlichen jene Personen gemeint, die in einer Arbeit nachgehen und bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind.
- **Verfügbares Haushaltseinkommen:** Sekundäreinkommen + erhaltene Privattransfers – geleistete Privattransfers.
- **Vertikale Umverteilung:** Umverteilung z. B. von hohen nach niedrigen Einkommen

- ➔ **Vermögenskonzentration:** ist ein statistischer Begriff. Eine hohe Vermögenskonzentration bedeutet, dass wenige Personen über einen hohen Anteil des Gesamtvermögens verfügen. Ein hoher Anteil der Merkmalsausprägungen wird auf eine relativ geringe Anzahl der Merkmalsträger vereinigt.
- ➔ **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung:** Das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist im Prinzip ein geschlossenes Kontensystem, in dem wesentliche makroökonomische Größen als Transaktionen oder Salden ausgewiesen werden (z. B. Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, verfügbares Einkommen der Haushalte, Finanzierungssaldo des Staates, privater Konsum, Investitionen), basierend auf der Vorstellung eines Wirtschaftskreislaufs.

7 LITERATURVERZEICHNIS

- ➔ *Beiser, R.* (2006), *Steuern – Ein systematischer Grundriss*, 4. Auflage, WUV Universitätsverlag, Wien
- ➔ *Blankart, C.* (2008). *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*, Vahlen.
- ➔ *Bräuninger, D.* (2007). *Globalisierung und Verteilung*. Aktuelle Themen 396, Deutsche Bank Research: 1-40.
- ➔ *Deckl, S.* (2013), *Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EUEU-SILSILSILC 2011*, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, März 2013
- ➔ *ECB* (2013), *The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey – Results from the first wave*, Statistical Paper Series, No 2/ April 2013
- ➔ *Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M.* (2012), *Household Finance and Consumption – Survey des Eurosystems 2010 – Erste Ergebnisse für Österreich*, Geldpolitik & Wirtschaft Q3/12, 26-67
- ➔ *Fessler, P., Lindner, P., Segalla, E.* (2014), *Net Wealth across the Euro Area Why household structure matters and how to control for it*, ECB Working Paper Series NO 1663 / april 2014
- ➔ *Guger, A., Marterbauer M.* (2009). *Umverteilung durch den Staat*. WIFO Monatsberichte 11/2009: 859-877.
- ➔ *Keuschnigg, C., Fortin, I., Schönplugg, K., Schuster, P., Schwab, T., Schwarzbauer, W.* (2013), *Zur Besteuerung von Vermögen in Österreich – Aufkommen, Verteilung und ökonomische Effekte*, IHS Projektbericht, Februar 2013
- ➔ *Kronberger, R., Hofer, R.* (2012), *Österreichische Wirtschaftspolitik – eine anwendungsorientierte Einführung*, facultas, Wien.
- ➔ *Piketty, T.* (2014), *Capital in the Twenty-First Century (Englisch)*, Harvard University Press



- ➔ *Prettenthaler, F., Sterner C. (2008). "Eine Steuerreform, die nicht das gesamtstaatliche Steuer- und Transfersystem Österreichs harmonisiert, verdient diesen Namen nicht." Gesellschaft und Politik, Dezember 2008: 15-23.*
- ➔ *Tiepke, K., Lang, J. (2008) Steuerrecht, 19. Auflage, Dr. Otto Schmidt Verlag, Köln*



8 WEITERFÜHRENDE LINKS

- ➔ Brutto-Netto-Rechner
onlinerechner.haude.at/bmf/brutto-netto-rechner.html
- ➔ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
www.bmsk.gv.at/
- ➔ Einkommensbericht – Bundesrechnungshof
www.rechnungshof.gv.at/berichte/einkommensberichte.html
- ➔ Europäische Zentralbank — Household Finance and Consumption Network (HFCN)
www.ecb.europa.eu/home/html/researcher_hfcn.en.html
- ➔ Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
www.hauptverband.at/
- ➔ Kapital im 21. Jahrhundert (Piketty) — Daten
piketty.pse.ens.fr/en/capital21c2
- ➔ OECD - Social and welfare issues
www.oecd.org/social
- ➔ Oesterreichische Nationalbank - HFCS — Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte
www.hfcs.at/
- ➔ Statistik Austria – Personeneinkommen
www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/personen-einkommen/index.html
- ➔ Statistik Austria – Haushaltseinkommen
www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/haushalts-einkommen/index.html

BILDQUELLEN

- sciencefiles.files.wordpress.com/2014/11/statistik.jpg?w=300&h=169
- sr.photos2.fotosearch.com/bthumb/CSP/CSP992/k14509088.jpg
- pixabay.com/static/uploads/photo/
- encrypted-tbn2.gstatic.com/images?q=tbn:AND9GcTjXtWCRonibnAu1WzRMWto7g6C5MvhN2UKGLmBazBzeNk3VVjp
- t2.ftcdn.net/jpg/00/74/38/59/400_F_74385958_cwHT1MONjX8Ce1Xbo3jf3FsXmfHaPNos.jpg
- de.123rf.com/
- de.freeepik.com
- www.eyebizz.de/wp-content/uploads/2012
- www.komma-news.de/



ÜBUNGSBLATT 1

Verfügbares Haushaltseinkommen (Rechercheauftrag)

- a) Lesen Sie das Einstiegsbeispiel auf Seite 3 sowie die Information zum verfügbaren Einkommen auf Seite 9 im Informationsteil.
- b) Nennen Sie mindestens drei konkrete Beispiele für Transferleistungen, die sich an der Einkommenshöhe einer Familie orientieren.
- c) Diskutieren Sie mit Ihrem Nachbarn/Ihrer Nachbarin – unter Berücksichtigung des Einstiegsbeispiels - ob aus Ihrer Sicht zu hohe Transferleistungen zu Anreizproblemen für die Beschäftigung führen.



ÜBUNGSBLATT 2

Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

- a) Lesen Sie im Informationsteil die vier Maßstäbe, die für die Verteilungspolitik in einer Volkswirtschaft herangezogen werden können.
- b) Welche der Maßstäbe sollten Ihrer Meinung nach in Österreich angewendet werden?
- c) Lesen Sie den Zeitungsausschnitt. Recherieren Sie anschließend im Internet, warum die Begrenzung der Managergehälter in der Schweiz abgelehnt wurde.

Schweizer lehnen Begrenzung von Managergehältern ab

Managergehälter in der Schweiz dürfen weiterhin massiv über den Löhnen und Gehältern der Arbeitnehmer liegen. Ein Vorstoß, die Topgehälter auf das Zwölfwache eines einfachen Arbeiterlohns zu begrenzen, fiel am Sonntag in einer Volksabstimmung durch.

(Quelle: 24. November 2013, Der Standard [gekürzt]).



- d) Wäre aus Ihrer Sicht eine Begrenzung der Gehälter für Manager gerecht? Welche Grenze ist aus Ihrer Sicht angemessen?
- e) Diskutieren Sie Vor- und Nachteile der Begrenzung von Managergehältern mit Ihrem Nachbarn/Ihrer Nachbarin und fassen Sie diese im Anschluss schriftlich zusammen.



ÜBUNGSBLATT 3

Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Im Informationsteil werden vier unterschiedliche Maßstäbe für die Verteilungspolitik beschrieben.

- a) Führen Sie bei den folgenden vier Beispielen den Fachausdruck für den beschriebenen Maßstab der Verteilungspolitik an.

Wie kann der erwirtschaftete volkswirtschaftliche Kuchen auf die Bevölkerung verteilt werden?

BEISPIEL

1. **Beispiel:** Jemand erhält ein Stück Kuchen von einer anderen Person. Durch das Verschenken des Stück Kuchens fühlt sich erstere Person besser (Nächstenliebe) weil noch genügend Kuchen da ist, und der andere sich so darüber freut.

Fachausdruck: _____

BEISPIEL

2. **Beispiel:** Jeder erhält den Teil vom Kuchen, den er/sie dazu beigetragen hat. Wenn jemand beispielsweise $\frac{3}{4}$ der Arbeit für das Kuchen backen verrichtet hat, bekommt er/sie auch $\frac{3}{4}$ des Kuchens. Wenn jemand nichts dazu beigetragen hat, bekommt er /sie auch nichts vom Kuchen.

Fachausdruck: _____

BEISPIEL

3. **Beispiel:** Für die Verteilung des Kuchens wird beachtet, ob auch wirklich alle die gleichen Voraussetzungen hatten einen Kuchen zu backen. Verfügten tatsächlich alle über ein Rezept, die Zutaten, einen Ofen etc.? Hat jeder die gleiche Chance wird die Verteilung (wie auch immer sie aussieht) als gerecht angesehen.

Fachausdruck: _____

BEISPIEL

4. **Beispiel:** Jeder erhält ein so großes Stück vom Kuchen, dass er oder sie satt wird – unabhängig davon wie viel zum Fertigstellen des Kuchens beigetragen wurde. Eine weitere Variante liegt darin, dass generell jeder ein gleich großes Stück vom Kuchen erhält.

Fachausdruck: _____

- b) Welcher bzw. welche Maßstäbe für die Verteilungspolitik entsprechen Ihrer Meinung nach einer gerechten Verteilung? Begründen Sie Ihre Antwort!

ÜBUNGSBLATT 4

Funktionelle Einkommensverteilung

- a) Erläutern Sie den Unterschied zwischen funktioneller und personeller Einkommens-verteilung!
- b) Erklären Sie mit eigenen Worten den Begriff „Lohnquote“.
- c) Wie hat sich die Lohnquote in Österreich seit 2001 entwickelt?
- d) Im Zeitraum zwischen 1970 bis 2000 hat die Lohnquote deutlich abgenommen. Lesen Sie ergänzend zur Seite 8 im Informationsteil folgenden Textauszug.

In einer Studie des WIFO wird der Rückgang der bereinigten Lohnquote in Österreich - zusammenfassend - wie folgt erklärt:

- Der Hauptgrund lag und liegt in der steigenden Arbeitslosigkeit. Der Umverteilungspolitik der Gewerkschaften ist durch die Arbeitslosigkeit Grenzen gesetzt. Hohe und steigende Arbeitslosigkeit schwächt die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer bezüglich Lohnerhöhungen etc.
 - Durch den Trend zur Globalisierung, den technischen Fortschritt und die verstärkte Orientierung der Unternehmensleitungen am „Shareholder-Value-Prinzip“ hat sich dieser Prozess beschleunigt und die Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen verschoben.
 - Neben der Arbeitslosigkeit hat auch die Konjunktur spürbaren Einfluss auf die Lohnquote: Ein Wirtschaftsaufschwung drückt die Lohnquote, eine Rezession hebt sie an. Die Lohnquote schwankt also antizyklisch.
 - Die Entwicklung der Vermögenseinkommen hat ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Lohnquote. Der Anteil der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung ist in Österreich in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen.
- Quelle: Marterbauer M., Walterskirchen E. 2002.
 - Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, WIFO-Monografie.



Vergleichen Sie die angeführten Gründe für die sinkende Lohnquote auf Seite 8 im Informationsteil mit jenen der WIFO Studie (siehe oben). Welche Begründungen werden aus Ihrer Sicht eher von Arbeitnehmervertreter und welche von Unternehmer angeführt?

- e) Diskutieren Sie mit Ihrem Nachbarn/Ihrer Nachbarin, warum es unterschiedliche Begründungen zum Rückgang der Lohnquote zwischen 1970 und 2000 gibt.

ÜBUNGSBLATT 7**Einkommensverteilung in der Europäischen Union**

- a) Markieren Sie in der Landkarte mit grüner Farbe jene zwei Länder, die aus Ihrer Sicht den niedrigsten Gini-Koeffizienten (nach der Umverteilung) in der Europäischen Union aufweisen.
- b) Markieren Sie mit roter Farbe jene zwei Länder, die den höchsten Gini-Koeffizienten in der EU haben.



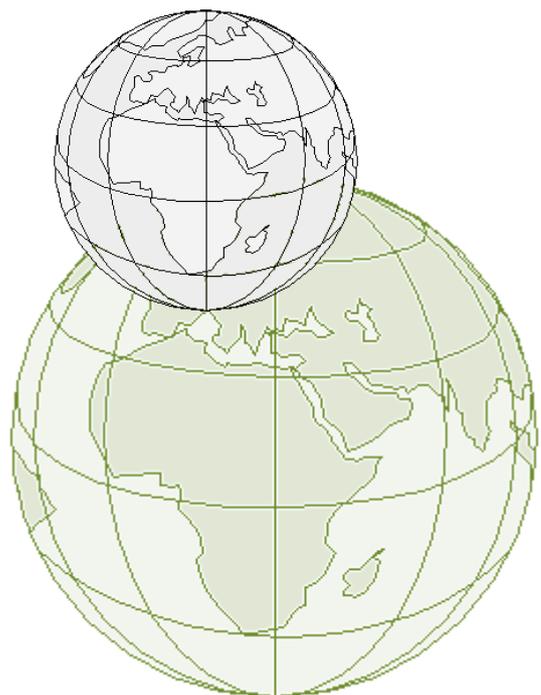


ÜBUNGSBLATT 8

Umverteilung der Staaten (Sekundärverteilung)

Bitte blättern Sie im Informationsteil auf Seite 31 und beantworten Sie folgende Fragen zur Grafik:

- In welchen drei Ländern war die Umverteilung im Jahr 2011 am höchsten?
- In welchen drei Ländern war die Umverteilung im Jahr 2011 am geringsten?
- Wo liegt Österreich im Vergleich mit den anderen Staaten?
- Welche Gründe sprechen für bzw. welche gegen eine Umverteilung der Einkommen durch den Staat?

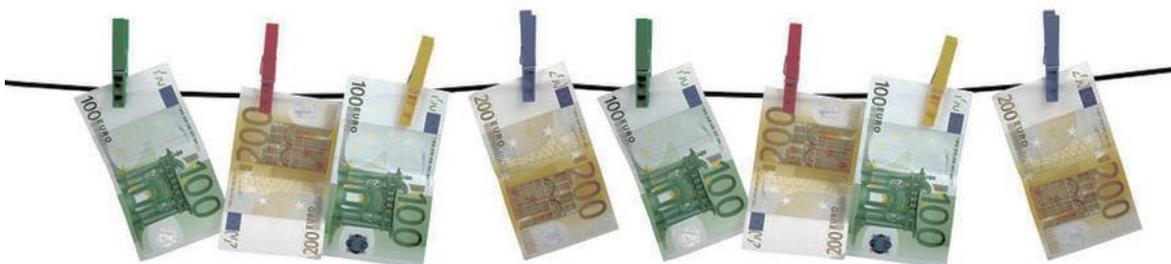


ÜBUNGSBLATT 9



Steuerprogression (Instrument zur Umverteilung)

- a) Herr Sunzenauer erhält im Jahr 2014 ein steuerpflichtiges Einkommen von 55.000 Euro (also nach Abzug der Sozialversicherung etc.). Berechnen Sie wie viel Lohn- bzw. Einkommenssteuer Herr Sunzenauer bezahlen muss.
(siehe dazu auch Informationsteil S. 34)
- b) Warum kann die Steuerprogression nicht unbegrenzt als Instrument zur Umverteilung von Einkommen eingesetzt werden?





ÜBUNGSBLATT 10

Memory zum Informationsteil

Erstellen Sie in Ihrer Gruppe (4-6 Schüler/innen) ein Memory zum Informationsteil. Schreiben Sie dazu immer auf eine Memory-Karte eine Frage und auf die zweite Karte die dazugehörige Antwort.

Wenn Sie Ihr Memory fertiggestellt haben, tauschen Sie es mit einer anderen Gruppe im Klassenzimmer aus und spielen Sie dann Memory. Der/die Teilnehmer/in mit den meisten Paaren gewinnt. Viel Erfolg!

Beispiel für ein Memory-Paar:

1. Karte:

Wie hoch war der Gini-Koeffizient 2010 in Österreich für verfügbare Einkommen?

2. Karte:

Der Gini-Koeffizient betrug im Jahr 2010 - 0,27.



KOPIERVORLAGE FÜR MEMORY-KARTEN:



LÖSUNGSVORSCHLÄGE:

ÜBUNGSBLATT 1

- b) Einkommensabhängige Transferleistungen:
Kinderbetreuungsbeihilfe, Pendlerbeihilfe, Beihilfe zur Kinderkrippe, Zuschuss zum Ganztageskindergarten, Kinderzuschuss, Kinderbetreuungsgeld des Bundes, Kinderabsetzbetrag, Familienbeihilfe des Bundes, Mietzinszahlung und Wohnbeihilfe.

ÜBUNGSBLATT 2

- a)
Individuelle Antworten möglich. Wahrscheinlich eine Mischung aus Bedarfsgerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit. Auch die anderen beiden Ansätze sind spannend. Diskussion in der Klasse ist hier sicher sehr interessant.

- c)
Begründung für die Ablehnung der Lohngrenze: Im Fall einer Lohngrenze für Manager hätte Unternehmen Schwierigkeiten bekommen die Chefetage zu besetzen und hätten deren Standort möglicherweise ins Ausland verlegt. Die Lohngrenze hätte auch zu Steuerausfällen und Sozialversicherungsausfällen geführt.

- d)
Individuelle Antworten.

ÜBUNGSBLATT 3.

- a)
1. Beispiel: **Pareto-optimale Verteilung**
 2. Beispiel: **Leistungsgerechtigkeit**
 3. Beispiel: **Partizipationsgerechtigkeit**
 4. Beispiel: **Bedarfsgerechtigkeit**

- b) Individuelle Antworten

ÜBUNGSBLATT 4

- a)
Bei der funktionellen Einkommensverteilung geht es darum, welches Einkommen jemand auf Grund seiner Funktion im Produktionsprozess erhalten hat. So werden z. B. für die

Leistung unselbständiger Arbeit Löhne und Gehälter und für die Bereitstellung von Kapital Zinsen bezahlt. Jedem Produktionsfaktor wird also eine bestimmte Einkommensart zugeordnet, wie die Tabelle zeigt:

Produktionsfaktoren	Einkommensart
Arbeit	Einkommen aus Löhnen und Gehältern
Kapital	Zinseinkommen
Grund und Boden	Einkommen aus Miete und Verpachtung
Unternehmertätigkeit	Unternehmergewinne

Personelle Einkommensverteilung: Im Rahmen der personellen Einkommensverteilung werden die Einkommensbezieher nach der Größe ihres Einkommens geordnet und häufig in zehn – zahlenmäßig gleich große Gruppen eingeteilt. Nicht gefragt wird dabei, wo dieses Einkommen herkommt. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass die privaten Haushalte ihr Einkommen aus unterschiedlichen Quellen beziehen können.

Die häufigsten Einkommensarten sind:

- Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit (z. B. Löhne, Gehälter)
- Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (z. B. Gewinne aus der Tätigkeit als Unternehmer)
- Einkommen aus Vermögen (z. B. Zinserträge)
- Transfereinkommen (z. B. Arbeitslosengeld)

b)

Die Lohnquote stellt die Arbeitnehmerentgelte im Verhältnis zum BIP dar.

c)

Von 2001 bis 2007 eine deutliche Abnahme der Lohnquote, danach ein deutlicher Anstieg bis 2009. Dann durch die Finanzkrise wieder Abnahme und seit 2011 wächst sie wieder.

d) z.B.:

Arbeitnehmervertreter:

- Durch die steigende Arbeitslosigkeit wurde die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer/innen geschwächt.
- Verstärktes Shareholder-Value-Prinzip begünstigt Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmer.

Unternehmer(vertreter):

- Unselbstständige Arbeitnehmer beziehen häufig zu ihren Lohneinkommen auch Zins- und Mieteinkommen.
- Unternehmerlöhne und Löhne der mithelfenden Familienangehörigen gehen nicht in die Lohnquote mit ein. Wären diese in der Lohnquote berücksichtigt, kämen noch einmal ein paar Prozentpunkte dazu, wie dies Berechnungen zeigen

ÜBUNGSBLATT 5**a)**

Aufgrund der Finanzkrise ist die Ungleichheit der Bruttoeinkommen stärker angestiegen als in den Jahren davor. Konjunkturpakete dämpften zwar die negativen Auswirkungen, die anhaltende Arbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen der Staaten lassen befürchten, dass es zu steigender Armut und damit zu steigender sozialer Ungleichheit kommt.

b)

In beiden Ländern ist eine gegenläufige Tendenz zu beobachten. Sowohl die Markteinkommen als auch die verfügbaren Einkommen stiegen von 2007 bis 2010 leicht an.

c)

Der Gini-Koeffizient betrug 0,27. Je niedriger dieser Wert ausfällt (0=vollkommene Gleichverteilung), desto gleichere sind die Einkommen in einer Volkswirtschaft verteilt. Der österreichische Wert lag um einiges niedriger als der OECD-Schnitt von 0,31.

d)

Ein Gini-Koeffizient von 0 stellt eine Gleichverteilung dar (siehe dazu auch Bedarfsgerechtigkeit). Ob eine vollkommene Gleichverteilung des erwirtschafteten Einkommens auch eine gerechte Verteilung darstellt ist wahrscheinlich fraglich, da es kaum Leistungsanreize gibt. (Individuelle Antworten sind hier selbstverständlich möglich).

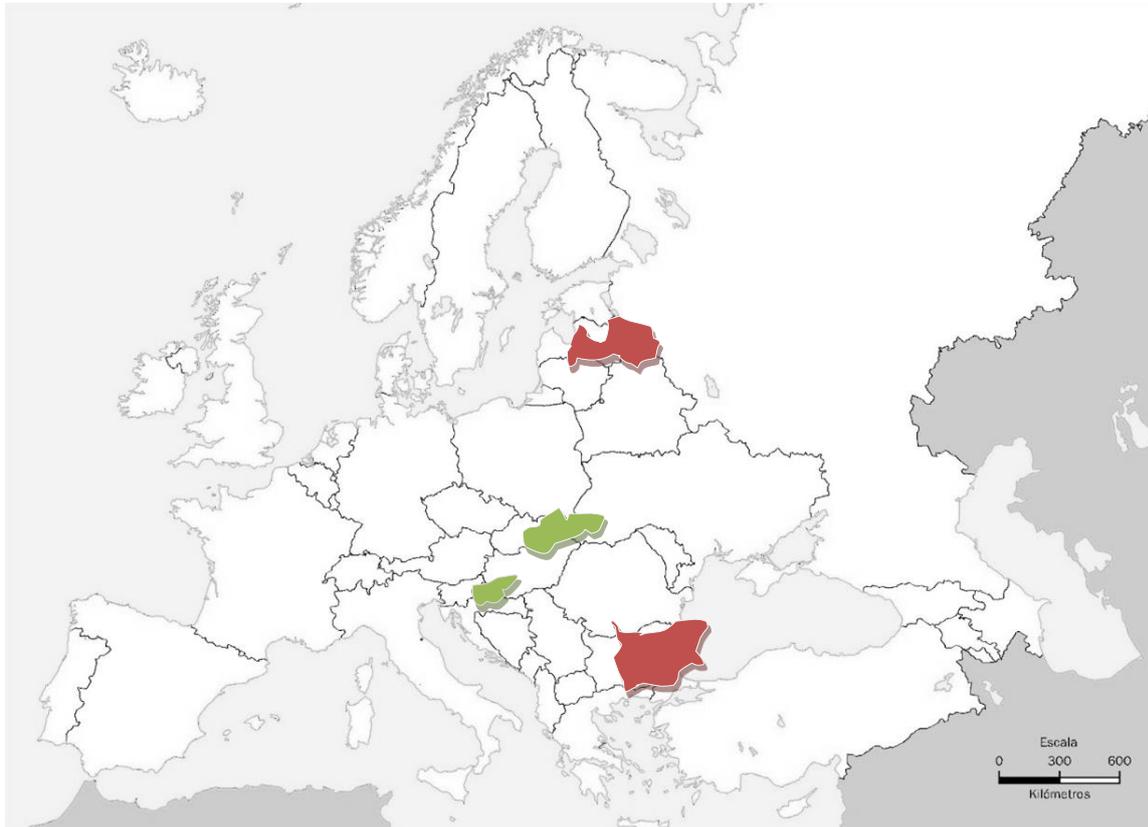
e)

Für alle drei Altersgruppen: für Kinder, für junge Menschen (18 bis 25 Jahre) und für Ältere (am stärksten)

ÜBUNGSBLATT 6**a)** EUR 977,-**b)** 550mal**c)** Jeder zweite**d)** 60 bis 70 %**e)** weniger als 5 %**f)** 0,69**g)** Ein Prozent

ÜBUNGSBLATT 7

a) / b)



Land mit geringstem Gini-Koeffizienten nach Umverteilung : Slowakei (24,2), Slowenien (24,4)

Land mit höchstem Gini-Koeffizienten nach Umverteilung: Bulgarien (35,4), Lettland (35,2)

Quelle: Eurostat, Datenstand 2013

Link: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do?dvsc=8>



Alternative fürs Klassenzimmer: Die Karte wird von der Lehrkraft mit einem Overhead-Projektor oder Beamer auf ein Flipchart projiziert. Die Schüler/innen erhalten im ersten Schritt zwei grüne Klebepunkte und müssen jene zwei Länder auswählen, die ihrer Meinung nach den niedrigsten Gini-Koeffizienten in der EU aufweisen. Im zweiten Schritt erhalten die Schüler/innen die roten Punkte und müssen die zwei Länder mit dem höchsten Gini-Koeffizienten auswählen.

ÜBUNGSBLATT 8

a)

Irland, Griechenland und Finnland

b)

Chile, Korea und die Türkei

c)

Österreich verteilt sehr stark um. Im Jahr 2007 sogar am stärksten. Liegt 2011 an vierter Stelle.

d)

Gründe für eine hohe Umverteilung durch den Staat:

- Folgen der Finanzkrise abgefedert werden,
- Konsum bleibt erhalten.
- Sozialer Frieden bleibt erhalten

Gründe gegen eine hohe Umverteilung durch den Staat:

- Eine zu starke Umverteilung schwächt den Leistungswillen.
- Es wird auf alternative Wege ausgewichen (illegal und legal) und damit kommt es zu geringeren Steuereinnahmen (= geringere Möglichkeit zur Umverteilung). (weitere Gründe siehe S. 25).

ÜBUNGSBLATT 8

a)

Lösung:

Lösung:	Steuer
EUR 11.000 steuerfrei	EUR 0,-
EUR 14.000 (36,5%)	EUR 5.110,-
<u>EUR 30.000 (43,2%)</u>	<u>EUR 12.960,-</u>
EUR 55.000	EUR 18.070,-

b)

Ist die Steuerprogression aber so stark ausgerichtet, dass sie den Leistungswillen schwächt und durch Umverteilung diejenigen begünstigt, die keinen Willen zur Leistung haben, kann bzw. wird das dazu führen, dass die potenziell Leistungsfähigen der Steuerlast auf legal oder auch illegale Weise ausweichen. Die Konsequenz wäre, dass dann insgesamt weniger Steuern eingenommen werden und weniger Volumen zur Umverteilung zur Verfügung stünde.

Kopiervorlage 1

**WIE HOCH SOLLEN DIE ZUSCHÜSSE ZU NIEDRIGEN
FAMILIENEINKOMMEN SEIN?**

FAMILIENEINKOMMEN in Euro	<i>FAM. GRUBER</i>	<i>FAM. MEIER</i>	<i>FAM. SCHMIED</i>
Monatsbruttoeinkommen	950,00	1.900,00	3.800,00
Monatsnettoeinkommen	807,00	1.614,00	2.669,00
Summe aus Gemeinde-, Landes- und Bundestransfers	2.010,00	1.603	587,00
Verfügbares Einkommen	2.817,00	3.217	3.256,00

Kopiervorlage 2

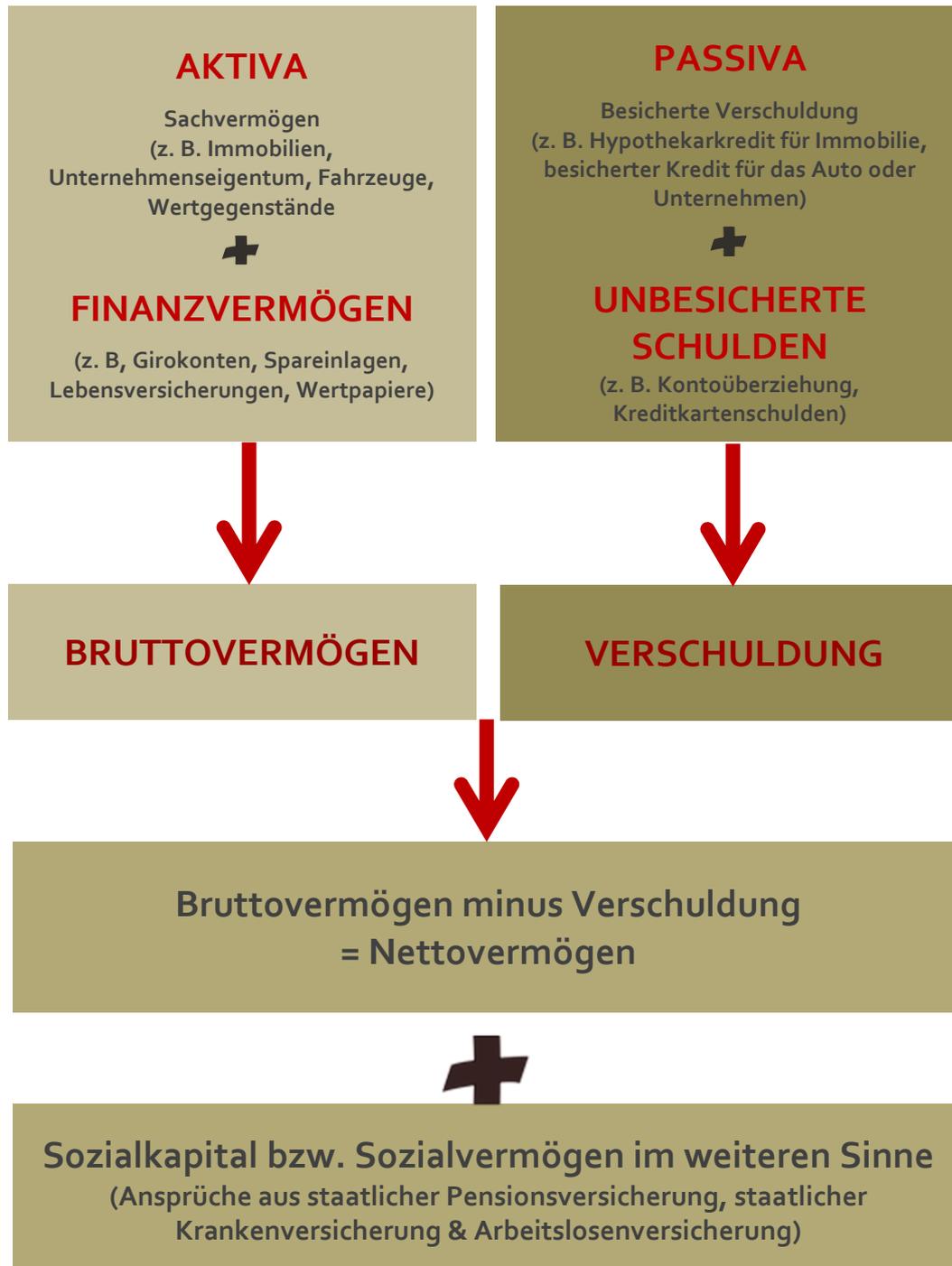
STUFEN DER EINKOMMENSVERTEILUNG**Einkommens-
verteilung****Vermögens-
verteilung**

**Primäre
Einkommensverteilung**

**Staatseingriff auf personeller und
sozioökonomischer Ebene
z. B. Mietzinsbeihilfe,
Familienbeihilfe,
Steuerprogression,
Ausgleichszulage**

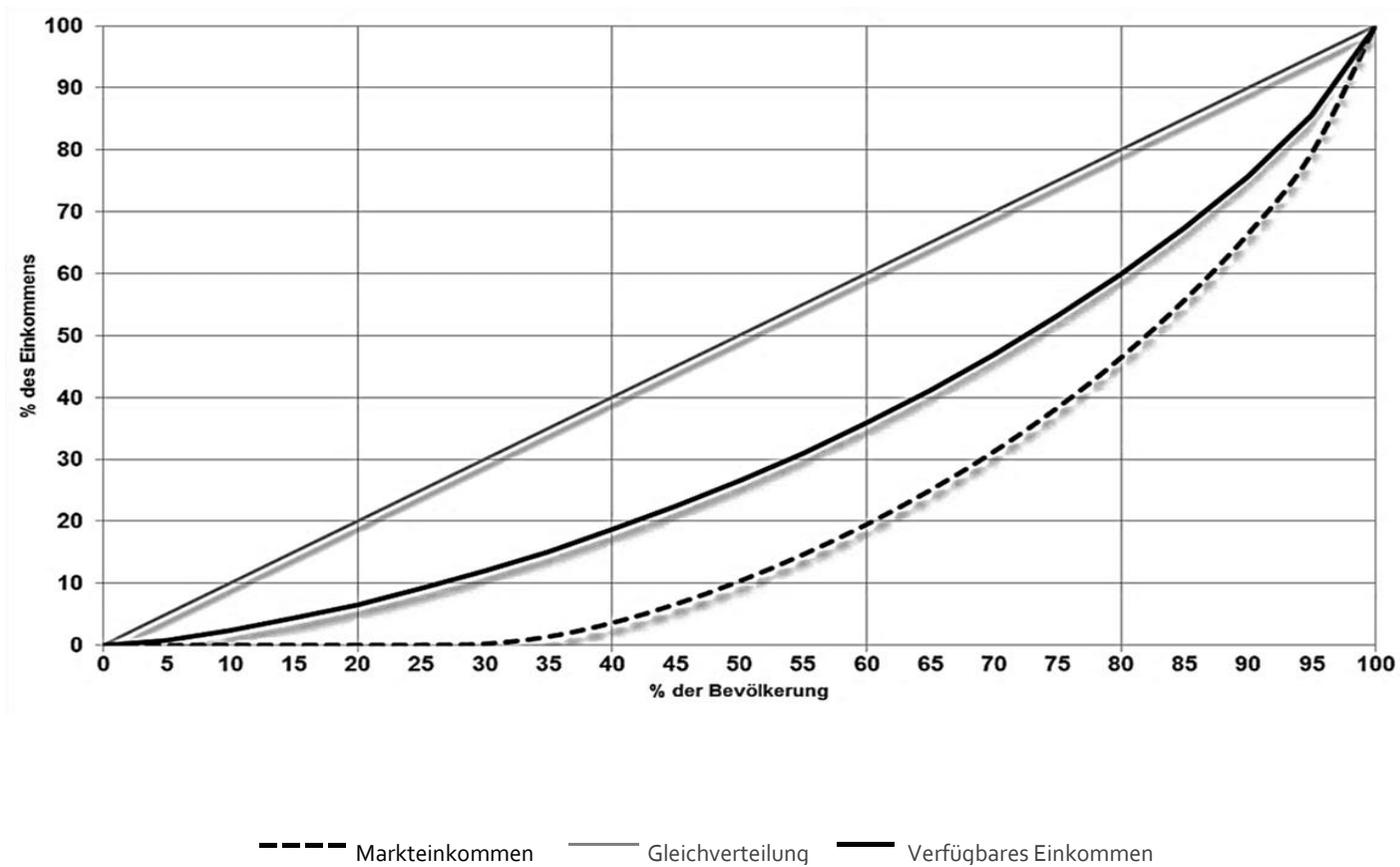
**Sekundäre
Einkommensverteilung**

Kopiervorlage 3

**DEFINITION DES VERMÖGENS
EINES HAUSHALTES**

Kopiervorlage 4

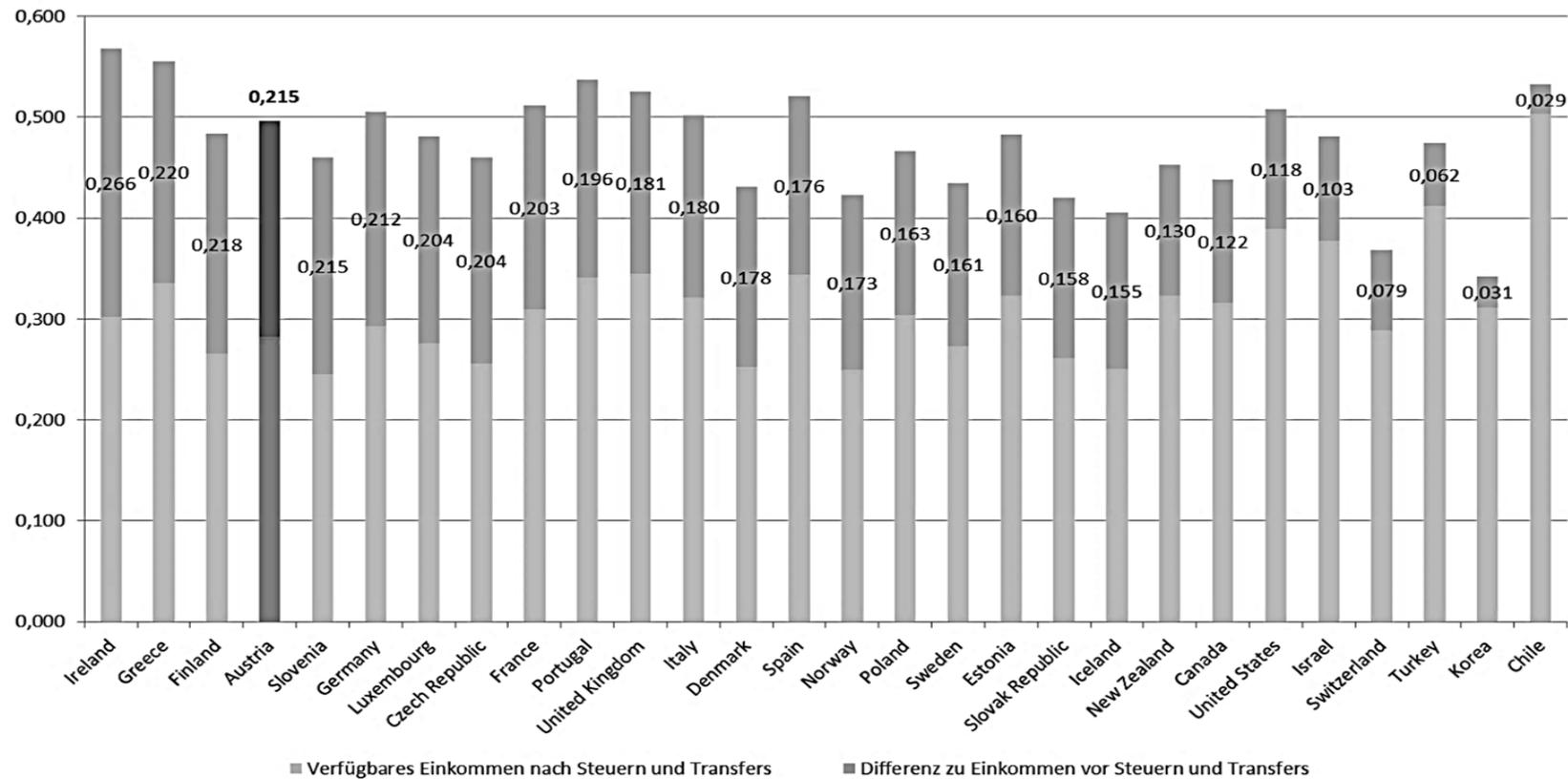
LORENZKURVEN ZU PRIVATEN HAUSHALTSEINKOMMEN



Kopiervorlage 5

WIE STARK GREIFEN DIE OECD-LÄNDER IN DER VERTEILUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN EIN?

(ABSOLUTE DIFFERENZ DER GINI-KOEFFIZIENTEN DES EINKOMMENS VOR UND NACH STEUERN/TRANSFERS)





Österreichische Wirtschaftspolitik

Eine anwendungsorientierte Einführung

facultas.wuv 2012, 440 Seiten
ISBN 978-3-7089-0763-5
Kronberger Ralf, Hofer Reinhold

Dr. Ralf Kronberger ist der AWS seit vielen Jahren als Autor treu, zuletzt mit dieser Ausgabe der Aktuellen Unterlage „Staatsschulden(krise)“. Er hat nun in Koautorenschaft mit Dr. Reinhold Hofer das Buch „Österreichische Wirtschaftspolitik“ verfasst:

- Das Buch ist ein Nachschlagewerk für viele Bereiche der Wirtschaftspolitik.
- Es bietet die Darstellung und Analyse komplexer wirtschaftliche Zusammenhänge in Theorie und Praxis.
- Das Buch spannt einen breiten Bogen an aktuellen Themen mit Fokus auf Österreich und EU wie
 - Auswirkungen der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise
 - Rankings als Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit
 - Erneuerbare Energien und Emissionshandel
 - ökonomischen Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung etc.

Medieninhaber und Herausgeber

AWS Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule im Rahmen des
Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, <http://aws.ibw.at>

Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule (AWS) ist eine Initiative von Wirtschaftskammer Österreich und Österreichischem Sparkassenverband und ist als Projekt am Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw), Rainergasse 38, 1050 angesiedelt.

Leiter: Mag. Josef Wallner

Autor: Dr. Ralf Kronberger

Didaktik: Dr. Johanna Rechberger

Redaktion: Mag. Josef Wallner, Gudrun Dietrich

Cover: www.design.at

ISSN 2223-9243